

## **Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 15./16.12.2020**

### **Teilhaushalt 5000**

Wir kehren wieder an die Stelle zurück, wo wir heute am frühen Nachmittag aufgehört haben. Das ist der **Teilhaushalt 5000** auf der **Seite 241**.

Ich darf zunächst darauf hinweisen, dass das Bundesprogramm Sprachförderung, Kitas für freie Träger, Minderaufwand der Stadt dazu geführt hat, dass wir über die 1. Veränderungsliste eine Anpassung vornehmen konnten.

### **Antrag 150 (Seite 241): Sprachbildungskonzept Qualitätszirkel – Ausgaben reduzieren (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Die Änderungsliste geht über unseren Antrag hinaus. Deswegen ist er **erledigt**.

**Der Vorsitzende:** Dann kann ich auch vermelden, dass wir über die 1. Veränderungsliste das Bundesprogramm Sprachförderung für städtische Kitas einen Mehrertrag für die Stadt einpflegen konnten. Die Änderung der Richtlinie für die Förderung der Kita-Förderung, verbindliche pädagogische Leitungszeit hatten Sie schon beschlossen. Auch das haben wir über die 1. Veränderungsliste eingebracht.

### **Antrag 151 (Seite 241): Bedarfsgerechte Erhöhung der Plätze für die praxisintegrierte Erzieher\*innenausbildung: Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

#### **Lfd. Nr. 10: Bedarfsgerechte Erhöhung der Plätze für die praxisintegrierte Erzieher\*innenausbildung (Vorlage 2020/0240)**

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Wir wollten genau das, was unter Finanzierungsvorbehalt stand, also die Gemeinderatsvorlage entsprechend darstellen.

**Der Vorsitzende:** Das würde einen Betrag von 632.000 Euro beziehungsweise 685.000 Euro zusätzliche Mittel notwendig machen. Ob wir das auf der Grundlage unserer Vorlage machen oder auf Ihren Antrag hin, ist egal. Es geht um dieses Thema.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Es ist so, dass in der ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses 2021 ein Bericht erfolgt über die Entwicklung der Plätze der praxisintegrierten Ausbildung für Erzieher\*innen. Bei der Gelegenheit findet eine Evaluation statt, inwieweit sich die Erwartungen an dieses Modell bis jetzt bewährt haben und wie wir damit weitermachen. Die Stellen hatten ursprünglich wir GRÜNE beantragt. Die wurden aber seit März 2019 immer wieder verschoben und sind dann erst spät behandelt worden, so dass die Umsetzung nicht mehr erfolgen konnte im letzten Jahr. Da wollen wir im Jahr 2021 entscheiden, wie wir weiter damit verfahren. Es war dann auch die Frage, inwieweit die Stadtverwaltung prüft, ob eine Zustimmung erfolgen und eine Nachfrage entstehen würde, wenn man eine kleine Anrechnung auf den Personalschlüssel machen würde. Insofern ist das noch offen. Wir könnten, um eine Mehrheit zu erzielen, sagen, wir machen einen Sperrvermerk, bis wir in der Jugendhilfeausschusssitzung dann die Modalitäten geklärt haben, ob wir so weiter machen

oder ob wir noch Veränderungen vornehmen. Auf jeden Fall wollen wir die Mittel für die weitere Nutzung für die praxisintegrierte Ausbildung weiterführen. Denn diese Ausbildung hat dazu geführt, dass wir jetzt so gut dastehen mit dem Personal in den Kindertagesstätten. Keine Stadt hat sich so erfolgreich in dem Bereich bewährt wie Karlsruhe. Von daher würden wir auf jeden Fall die Summen beibehalten und dann noch klären, wie wir im Detail weiterverfahren für das Kita-Jahr 2021/22.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Die praxisintegrierte Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Das wissen wir aus den letzten Jahren. Es ist auch unerlässlich für unsere Einrichtungen in der Stadt. Wir brauchen dieses Personal. Deswegen hat meine Fraktion auch die letzten Erhöhungen immer mitgetragen. Sie erinnern sich, wir hatten vor einiger Zeit erst die Zahl auf 150 erhöht. Heute können wir eine weitere Erhöhung nicht mitgehen, und zwar rein aus finanziellen Gründen, weil einfach der Haushalt in seiner dramatischen Situation diesen Spielraum für heute nicht zulässt. Sie können sich sicher sein, dass wir uns diese Entscheidung nicht leicht machen. Aber es ist nur der Gedanke an den Haushalt, und dass der Haushalt überhaupt genehmigungsfähig bleibt bei allem, was vielleicht noch auf uns zukommt, dass wir an dieser Stelle und auch noch bei weiteren Punkten heute nicht mitgehen können.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Ich kann an beide Vorrednerinnen anknüpfen. Gemeinsam haben wir uns für den Ausbau der PIA-Auszubildendenstellen hier in unserer Stadt eingesetzt und damit für eine ganz hohe Qualität in unseren Kindertagesstätten. Aktuell haben wir noch einen hohen Bedarf an Fachkräften. Wir leisten uns allerdings auf der anderen Seite 150 Plätze, haben das gemeinschaftlich beschlossen. Sie sind schon darauf eingegangen. Im städteweiten, bundesweiten Vergleich ist das ein extrem hoher kommunaler Einsatz, der auch nicht annähernd ausgeglichen wird durch diese Ausbildungspauschale des Landes. Das ist ein kleiner Tropfen, der es uns ein wenig leichter macht, unsere enormen Summen – wir reden von sechsstelligen Beträgen – auszugeben.

Auf der anderen Seite sind wir auch wegen dieser Investition bundesweit in der Qualität am höchsten, die Bertelsmann-Stiftung hat es uns auch bestätigt. Als SPD-Fraktion haben wir im Ausschuss eingebracht und diskutiert, dass wir uns eine flexiblere Lösung wünschen würden, dass wir heute nicht beschließen, jedem Antrag stattzugeben, der kommt. Denn da kann sehr viel kommen, das wir dann bedarfsgerecht nach Trägermeldung auch beschließen müssen. Wir müssen ein intelligentes System finden, bei dem man durchaus flexibel auf Bedarfe reagieren kann, gemeinsam mit unserer Fachverwaltung, ob so etwas möglich ist. Es wurde uns in Aussicht gestellt für die Februar-Sitzung oder für das Frühjahr, dass wir darüber diskutieren können, überlegen können, ob wir so einen Weg finden, mit Blick auf die Haushaltslage und auch auf Verlässlichkeit, weil die Ausgaben, die wir in einem Jahr beschließen, uns die nächsten Jahre genauso noch binden. Gerade vor dieser unvorhersehbaren finanziellen Entwicklung der nächsten Jahre können wir heute nicht vorgreifen. Wir wollen im Frühjahr mit den Trägern, mit Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, diskutieren, wie wir hier weiterkommen und einen gemeinschaftlichen Weg für die Fachkräftesicherung in unserer Stadt finden.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Wir hatten traditionell die letzten Jahre einen sehr guten Dialog im Jugendhilfeausschuss. Wir haben sehr wenig ideologische Politik geführt. Gerade für dieses sehr teure Vorhaben haben wir von der FDP und die anderen Parteien einen Einsatz gebracht, auf den wir stolz sein können. Auch wenn eigentlich das Land mehr eingebunden

werden sollte. Gerade jetzt das weiterzuführen, ist nicht der richtige Zeitpunkt, bei diesem Haushalt. Deshalb stimme ich Frau Melchien und Frau Meier-Augenstein zu. Ich hoffe, dass wir diesen Dialog im Jugendhilfeausschuss so positiv weiterführen können.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Die Antragsteller würden sich auf den Vorschlag der GRÜNEN beziehen mit dem Sperrvermerk. Wir würden das so übernehmen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, selbst wenn Sie einen Sperrvermerk machen und dann im März erst entscheiden, ob Sie vielleicht auch Personalstellenanteile berechnen, werden sich erst anschließend die Träger überlegen, ob sie zusätzliche Stellen anbieten oder nicht. Das ist aus meiner Sicht für einen Start im Herbst eigentlich schon zu spät. Insofern kann ich nur an Sie appellieren, wir haben nach wie vor ein sehr hohes Niveau an Förderung der PIA-Stellen. Das glaubt mir im Bundesgebiet immer keiner, wenn ich erzähle, was wir mit mehreren Millionen machen. Es sind keine sechsstelligen, es sind siebenstellige Beträge. Es macht Sinn, einmal darüber nachzudenken, ob ein Aufwuchs an Stellen verbunden werden kann mit zumindest einer Teilanrechnung im 2. oder 3. Ausbildungsjahr. Von daher kann ich nur empfehlen, dass Sie diese Idee nicht aufgeben, aber jetzt nicht im Jahr 2021 noch einmal draufsatteln.

Wir stellen es jetzt zur Abstimmung. Es geht um die 632.900 Euro beziehungsweise dann entsprechende weitere Summen in den Folgejahren. Das stellen wir jetzt zur Abstimmung. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Damit hat sich auch die Vorlage der Verwaltung **erledigt**.

**Antrag 152 (Seite 241): Weitere Schritte in Richtung beitragsfreie KiTa gehen, Stellenschaffung: 1 VZW (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

**Antrag 152 a (Seite 241): Weitere Schritte in Richtung beitragsfreie KiTa gehen (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

**Lfd. Nr. 15: Neue Finanzierungssystematik Kita: Erweiterung einkommensabhängige Beitragsreduzierung (Vorlage 2020/0770)**

Das Antragsbegehren von Ihnen KAL/Die PARTEI und DIE LINKE. ist identisch mit der Beschlussvorlage Nr. 15, die wir Ihnen unter Finanzierungsvorbehalt schon einmal zur Abstimmung gegeben haben. Wir würden Ihnen als Verwaltung raten, das Ganze noch einmal ein Jahr zu verschieben. Aber es ist letztlich Ihre Entscheidung.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Ich wollte anmerken, dass das der Verwaltungsvorlage entspricht. Das war zu dem Zeitpunkt noch nicht klar.

**Stadtrat Bauer (GRÜNE):** Wenn Sie alle einmal Ihren Blick nach hinten wenden, dann sehen Sie, dass dort seit neun Stunden genau die Menschen sitzen, um die es jetzt geht, nämlich Kinder und Jugendliche. Das finde ich bemerkenswert, dass sie nach wie vor alle da sind und uns kritisch begleiten bei unserer Arbeit.

Jetzt geht es genau um sie, Kinder und Jugendliche. Besonders diejenigen aus armen und benachteiligten Familien gehören zu den Gruppen, die von dieser Pandemie am stärksten

betroffen sind. Deswegen möchte ich am Anfang kurz allgemein zum Thema Jugendhilfe sprechen und danach auf die vorliegenden Anträge zu sprechen kommen.

Wie das Entwicklungspotential durch diese vielen Einschränkungen der letzten Wochen und Monate in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, sowie bei der Sozialisierung gehemmt wird, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen. Genau deswegen müssen wir als Gemeinderat diesem Bereich in Zukunft eine verstärkte Aufmerksamkeit widmen. Für uns GRÜNE gilt dabei, dass wir uns in dieser schwierigen Haushaltslage auf bestehende Einrichtungen und bewährte Projekte konzentrieren, dass wir sie dort weiter ausbauen, wo die Not besteht und wo es vor allem sinnvoll ist.

So beantragen wir zum Beispiel heute gemeinsam mit der SPD eine Zuschusserhöhung für das Projekt 2. Chance der AWO, das erfolgreich Schulpflichter\*innen reintegriert. Aus unserer Sicht ein gutes Beispiel für ein Projekt, das besonders in der Krise eine große Bedeutung hat, jetzt aber seine Wirkung auch weit über die Pandemie hinaus entfaltet. Das sind diese Projekte, die sollten wir in der Stadt nicht nur erhalten, sondern auch weiter ausbauen. Genauso müssen wir lokale Angebote für Familien mit besonderen Bedarfen aufrechterhalten. Sie müssen gestärkt werden. So sehen wir es in einer Zeit, in der Familien auf engstem Raum in einer zunehmend angespannten Lage miteinander auskommen müssen, als zentral, Unterstützungsangebote für genau diese Familien zu stärken. Da setzen wir uns zum Beispiel für eine notwendige Zuschusserhöhung für den Verein Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatung ein, gemeinsam mit der SPD, unter Ordnungsziffer 221. An anderer Stelle, das gehört auch zur Verantwortung dazu, müssen wir selbst dann, wenn wir mit dem vorliegenden Antrag der LINKE. inhaltlich komplett zustimmen, aufgrund der aktuellen Finanzlage leider ablehnen, wenn es um die Projektmittel zur Bewerbung als kinderfreundliche Kommune in der Ordnungsziffer 228 geht. Die damit verbundene Stellenschaffung müssen wir ebenfalls ablehnen. Wir sehen das gewinnbringend. Wir sehen das als Nice-to-Have als Kommune, im Moment aber nicht als dringend notwendig, um die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Karlsruhe konkret zu verbessern.

Dann komme ich zu den Ordnungsziffern 152 bis 155, die fette Kuh, die es heute zu schlachten gilt, die neue Kita-Beitragssystematik. Dieser dringende und große Wurf auf dem Weg zur Beitragsfreiheit in der Kinderbetreuung kommt aus unserer Sicht heute genau zur richtigen Zeit. Wir waren alle hoffnungsvoll die letzten Monate, dass wir den Eltern nicht noch einmal eine flächendeckende Kitaschließung zumuten müssen. Diese Hoffnung, wie wir alle wissen, ist jetzt verflogen. Umso wichtiger ist es, dieses Signal aus dem Gemeinderat an die Eltern zu geben, dass frühkindliche Bildung und Betreuung in unserer Stadt sozial gerecht ist und ab dem nächsten Jahr noch sozialgerechter wird. Wir haben schon im Frühjahr entgegen großer Kritik von Eltern und von manchen Trägern gesagt, die neue Beitragssystematik stellt aus unserer Sicht die viel größere und nachhaltigere finanzielle Entlastung für Eltern dar, als die zeitlich begrenzte Übernahme von Elternbeiträgen bis zum letzten Cent. Dieses Versprechen möchten wir heute einlösen und zeitgleich die Zusage in die Realität umsetzen, dass für die verbleibenden Eltern, die nach wie vor mit der neuen Beitragssystematik Beiträge entrichten müssen, die Beiträge nicht weiter ansteigen. Deshalb stimmen wir heute als Fraktion dem Antrag von KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., der – Sie haben es gerade gesagt - mit der Verwaltungsvorlage deckungsgleich ist unter Nr. 152 und Nr. 152 a zu und möchten mit diesem Beschluss die neue Beitragssystematik in die Tat umsetzen. Zudem beantragen wir unter Ordnungsziffer 153 die Erhöhung des Erstkinderzuschusses, um die Eltern im Gegenzug fi-

nanziell zu entlasten und die Beiträge nicht weiter steigen zu lassen. Hierbei haben wir als einzige Fraktion zusätzlich 20.000 Euro für die Kindertagespflege berücksichtigt. Inhaltlich sind die Anträge allerdings deckungsgleich. Das gilt es bei der Abstimmung gleich zu berücksichtigen.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Wir haben in den letzten Haushaltsberatungen einen großen Startschuss in das Thema Beitragsfreiheit gelegt, indem wir für beide Haushaltsjahre je 5 Mio. Euro beschlossen haben. Mit diesem Geld konnten wir die Grundlage legen in das, was wir in den letzten Monaten gemeinsam erreicht haben. Denn wir haben den Einstieg geschafft, die Kitabeiträge auch in unserer unterschiedlichen Trägerstruktur langsam aneinander anzupassen. Sie wissen alle, dass wir hier sehr große Unterschiede hatten und auch immer noch an der einen oder anderen Stelle haben. Insofern, dieser Einstieg ist geschafft. Jetzt wäre es natürlich schön, wenn wir an dieser Stelle weitermachen könnten. Allerdings ist aus unserer Sicht die Haushaltslage im Moment zu schwierig und zu unvorhersehbar, was sich in den nächsten Monaten noch tun wird, so dass wir dem Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister folgen, dass wir das Thema zumindest noch um ein Jahr verschieben.

Ich kann das mit relativ gutem Gewissen auch für meine Fraktion sagen, weil wir hier schon einen erheblichen Schritt vorangekommen sind. Wir haben die Mittel, die wir im letzten Doppelhaushalt beschlossen haben, umgesetzt. Davon profitieren die Eltern in unserer Stadt bereits. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir durch unsere Geschwisterkindregelung sowieso schon für die Familien hier etwas bieten, was andere Kommunen nicht tun. Denn bereits heute sind ca. 35 % der Kinder in unseren Einrichtungen beitragsfrei gestellt. Natürlich wäre es auch für uns schön, wir könnten jetzt schon direkt weiter gehen. Aber die Haushaltslage lässt es aus unserer Sicht nicht zu.

Ich muss auch ganz ehrlich sagen, ich hätte ein schlechtes Gewissen, wenn wir dem heute zustimmen würden, unter der Vorausschau, dass vielleicht der Haushalt nicht genehmigt wird und wir dann dieses und weitere Dinge wieder einsammeln müssen. Ich glaube, das wäre den Eltern und den Familien gegenüber auch nicht ehrlich, wenn wir das heute tun würden. Deswegen müssen wir die nächsten Anträge 152 bis 155 schweren Herzens heute ablehnen.

**Stadträtin Melchien (SPD):** In Bezug auf unsere insgesamt kürzere Redezeit und die große Fülle an Themen, die auch mein Kollege Bauer angesprochen hat im Bereich Jugendhilfe, möchte ich auf diese zwei Blöcke eingehen im Bereich der Kinderbetreuung, das Kernthema der SPD-Fraktion, das Ziel einer beitragsfreien Kita, frühkindliche Bildung beitragsfrei zu gestalten, natürlich im Verbund mit Bund und Land und Unterstützung.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2019/20 – darauf ist meine Kollegin Meier-Augenstein schon eingegangen - konnten wir einen enormen Schritt in Richtung dieser Beitragsfreiheit gehen mit dem Fonds in Höhe von jährlich 5 Mio. Euro. Das war ein ganz großer bedeutender Schritt in diese Richtung. Wir haben in diesem Beschluss, den wir interfraktionell gefasst haben, gleichzeitig den Inhalt beschlossen, künftige Gebührenerhöhungen verhindern zu wollen, indem wir weitere Ausgleichszahlungen an die freien Träger leisten. Seitdem haben Fachverwaltung, Politik und Träger gemeinschaftlich in vielen Stunden daran gearbeitet, ein entsprechendes Konzept auf den Weg zu bringen.

Analog zu diesen Diskussionen und zum Änderungsantrag im Jugendhilfeausschuss in der Sondersitzung fordern wir nun, den Erstkinderzuschuss entsprechend dieser Vorgehensweise um 3 % zu erhöhen. Damit wollen wir erreichen, dass wir nicht nur in städtischen Kitas die Beiträge nicht weiter erhöhen, sondern auch die Gebührenerhöhung der freien Träger verhindern. Aus unserer Sicht ist es enorm wichtig, dass künftig dieser Erstkinderzuschuss regelmäßig dynamisiert wird, damit wir nicht jedes Jahr neu über einzelne Prozente verhandeln müssen. Wir haben diesen gemeinschaftlichen Beschluss gefasst. Hier sollten wir auch dabei bleiben. Die Verwaltung hat diesen finanziellen Aufwand auf zwischen 500.000/600.000 Euro geschätzt. Deswegen unser Antrag über 600.000 Euro. Wir denken nicht, dass die folgende Steigerung der Kindertagespflege in diesen 600.000 Euro dabei sein müsste. Aber das muss dann die Finanzbürgermeisterin beantworten, ob das ausreicht. Wenn nicht, natürlich auch gerne 20.000 Euro mehr.

Aus unserer Sicht ist es durchaus ein moderater Antrag. Trotz dieses Schrittes in Richtung Gebührenfreiheit zu gehen, fordern wir hier nicht die nächsten 5 Mio. Euro, sondern wir fordern einfach nur, dass es nicht schon wieder im nächsten Haushalt hoch gehen darf mit den Gebühren, sondern sie zumindest jetzt stabil bleiben müssen, nicht weiter ansteigen dürfen. Sonst wären diese Verlautbarungen, die wir gemeinschaftlich getroffen haben, auch wenig glaubwürdig aus unserer Sicht. Da sprechen wir auch von Ehrlichkeit, um dieses Wort zu bemühen, das meine Kollegin angesprochen hat.

Zu guter Letzt möchte ich betonen, diesen zweiten Block, der Beschluss unter Finanzierungsvorbehalt zur neuen Beitragsystematik, begrüßen wir natürlich sehr, eine Erweiterung der beitragsabhängigen Beitragsreduzierung zu beschließen. Die kostet uns viel Geld. Aber genau das hat unsere Fachverwaltung dargelegt, dass wir hiermit auch sehr viel für die Familien erreichen. Auf der einen Seite erreichen wir für die ärmeren sehr viel, auf der anderen Seite haben wir alle im Blick mit diesem Ziel frühkindlicher Bildung, die beitragsfrei werden soll als unser erklärtes Ziel.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Frau Melchien und Frau Meier-Augenstein haben es schon gesagt. Wir haben einen sehr großen Schritt gemacht in der Jugendhilfe, wo wir im Dialog diese 5 Mio. Euro beschlossen haben. Aber nicht nur diese 5 Mio. Euro. Es ist auch eine unglaublich komplizierte Situation, weil wir so viele Träger hier in Karlsruhe haben. Es waren wirklich stundenlange Treffen mit fachlicher Expertise und mit einer substantiellen Diskussion. Ich denke, es ist nicht möglich, jetzt finanziell weiterzugehen. Aber wir können stolz sein, dass wir schon diesen großen Schritt gemacht haben. Wir sind auch bereit, wenn der Haushalt es erlaubt. Lasst uns in 2022/23 darüber sprechen, wie wir weitergehen können. Aber zurzeit müssen wir sagen, wir haben wirklich große Schritte in Einigkeit gemacht.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Gerade eben haben wir noch scharfe Kritik am Thema Klimaschutzkonzept geübt. Aber an der Stelle müssen wir voll des Lobes sein, was wir heute voraussichtlich entscheiden werden. Denn das ist ein sehr deutliches Signal, was sowohl die Fraktionen der SPD, der GRÜNE, der KAL/Die PARTEI, der LINKE., von denen ich es weiß, heute verabschieden werden. Sei es im Bereich Gebührenbefreiung im Kita-Bereich, sei es beim sozialen Quartiersmanagement, sei es beim ticketfreien ÖPNV für Kinder und Jugendliche mit Karlsruher Pass und viele andere wichtige Projekte, bei denen wir auch die sozialen Träger finanzieren. Das ist ein sehr gutes sozialpolitisches Signal, das wir heute geben. Und auch ein Bekenntnis, dass wir trotz der schwierigen Haushaltslage versuchen wollen, den sozialen

Standard in dieser Stadt hochzuhalten, um weiterhin als Stadt Vorreiter im nationalen Vergleich zu sein.

Wir haben aber trotz dieser großen Erfolge natürlich auch Themen, die wir als LINKE. und KAL/Die PARTEI gemeinsam beantragt haben, wo wir heute leider feststellen müssen, dass wir keine Mehrheit finden. Das ist das Projekt, das schon genannt wurde, die kinderfreundliche Kommune, was sicherlich in den nächsten Haushaltsberatungen wiederkommen wird, weil wir einfach sehen, dass wir da mittelfristig und langfristig eine strategische Ausarbeitung und eine Weiterentwicklung unseres bestehenden Leistungsangebots ermöglichen könnten. Genauso das Thema, wie eine Antidiskriminierungsstelle beim Stadtjugendausschuss finanziell ausgestattet wird und andere Projekte, wie die Bahnhofsmission und viele andere soziale Träger, wo wir uns in den nächsten Monaten sehr intensiv damit beschäftigen werden, was müssen wir wo in den Fokus legen, was ist wie gut auch im Vergleich zu anderen Städten, was ist hier angebracht angesichts der besonderen Entwicklung unter der Corona-Pandemie - der Kollege Bauer hat es angesprochen - wo wir vielleicht Problemfelder haben, die neu aufkommen, die stärker zunehmen, vielleicht andere Felder, die abnehmen. Aber insgesamt ist es eine sehr gute Entscheidung, die wir hier treffen und die wir auch in der großen Mehrheit, das ist auch immer wichtig, in einem Konsens versuchen zu treffen. Denn alle anderen Themen werden wir natürlich dann in den nächsten Jahren weiter bearbeiten und weiter schauen, wo noch Mittelserhöhungen oder auf der anderen Seite Anpassungen notwendig sind.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir waren als AfD-Fraktion auch auf dem Weg, die Kinderbetreuung völlig kostenfrei machen zu wollen für die Bürger. Aber in Anbetracht der Corona-Probleme, die wir haben, und der Haushaltsprobleme, die wir haben, und dass wir an vielen anderen Stellen auch nicht bereit sind, mehr Geld auszugeben und an vielen Stellen sparen wollen, sehen wir uns nicht imstande, dem zuzustimmen. Auch wenn wir es gerne gemacht hätten.

Ich möchte bei der Gelegenheit auf den Antrag 158 zu sprechen kommen. Da geht es darum, dass wir der Meinung waren, dass für die Geschwisterkindregelung zu viele Mittel eingeplant sind. Die Verwaltung hat uns erklärt, dass das nicht der Fall ist. Deswegen ziehen wir diesen Antrag zurück.

**Stadträtin Lorenz FW|FÜR):** Es ist schön, dass wir uns alle soweit einig sind, dass wir am liebsten die Kitaplätze beitragsfrei hätten, wenn wir es uns denn leisten könnten. Aber wir müssen eines klar sehen, wir haben in Karlsruhe viel gemacht. Wir machen viel für die Kinder und für die Jugendlichen. Aber die kostenfreien Kitaplätze sind eigentlich Aufgabe des Landes und nicht der Stadt Karlsruhe. Da möchte ich jetzt einmal einen Appell an meine Kollegen von den großen Parteien hier im Saal richten. Wenn Sie das wünschen, dann treten Sie doch einmal an Ihre Kollegen in der Landespolitik heran und sagen, die sollen uns finanziell unterstützen. Das wäre der erste richtige Weg.

Ich sehe die Problematik ganz woanders. Wir diskutieren hier über Zuschüsse. Keine Familie in Karlsruhe, die das nicht leisten kann, geht bei uns leer aus. Viel schlimmer ist doch, dass 1.000 Plätze in Karlsruhe fehlen, perspektivisch sogar 2.000 Kita-Plätze. Wenn man das einmal hochrechnet, das sind rund 40 Einrichtungen. Über dieses Thema müssen wir sprechen. Es gibt Eltern hier in Karlsruhe, denen rät man, gegen die Stadt zu klagen. Auf dem letzten

Weg kommt man ihnen dann entgegen mit einer Tagesmutter. Das ist die Realität. Hinzu kommt, dass mittlerweile 20 % der Kita-Kinder einen erhöhten Förderbedarf haben. Es fehlt uns nicht nur allgemein am Personal, sondern es fehlt uns hier an Personal mit Zusatzausbildung. Daran werden wir in Zukunft arbeiten müssen, und nicht weiter sinnlos über die völlig kostenfreie Kita sprechen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte nur darauf hinweisen, dass von den 1.000 prognostizierten fehlenden Plätzen schon einige 100 von Ihnen in den letzten Jahren eingerichtet wurden. 600 höre ich gerade. Von daher ist die Zahl nicht mehr ganz so aktuell.

Wir kommen jetzt zur Abarbeitung der Anträge.

(Zurufe)

- Das kommt erst beim nächsten Antrag. Jetzt kommt die Vorlage der Verwaltung, noch einmal aufgenommen durch den Antrag der KAL/Die PARTEI und DIE LINKE., zur neuen Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen. Da gibt es dann einen Widerspruch mit dem anschließenden Antrag. Aber zunächst steht dieser Antrag auf der Tagesordnung. Deswegen bringe ich den jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **Mehrheit**.

**Antrag 153 (Seite 241): Zuschüsse für Kinderbetreuung, Erhöhung Erstkinderzuschuss (GRÜNE)**

**Antrag 154 (Seite 241): Keine Erhöhung der KiTa-Beiträge, Erhöhung Erstkinderzuschuss (SPD)**

**Antrag 155 (Seite 241): Weitere Schritte in Richtung beitragsfreie KiTa gehen, Erhöhung Erstkinderzuschuss (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

Da gibt es etwas, was ich noch nicht verstanden habe, was wir vielleicht gleich klären können, Frau Langeneckert, wo sich der vorherige Beschluss und dieser Beschluss an irgendeiner Stelle im Weg stehen. Wenn Sie uns das kurz erläutern könnten.

**Frau Langeneckert (SJB):** Es ist so, dass in der Vorlage der Verwaltung die Beschlusspunkte 4 und 5 sich erübrigen würden, wenn jetzt die Erhöhung des Erstkinderzuschusses beschlossen wird. Dort wird sonst festgelegt, dass der Eckwert der Beiträge erhöht werden muss. Verständlich?

**Der Vorsitzende:** Für die Fachleute vielleicht ja. Für mich nicht.

**Frau Langeneckert (SJB):** Durch die Erhöhung des Erstkinderzuschusses steigen die Beiträge nicht. Wir sind in unserer Verwaltungsvorlage davon ausgegangen, dass die Beiträge steigen müssen, weil das nicht unser Vorschlag war, den Erstkinderzuschuss zu erhöhen.

**Der Vorsitzende:** Ich habe jetzt verstanden, dass die Verwaltungsvorlage von steigenden Beiträgen ausgeht und die mit irgendetwas reagiert und die Anträge jetzt den Erstkinderzuschuss erhöhen wollen, damit die Beiträge nicht steigen. Ich habe jetzt aber noch nicht verstanden, das sind unterschiedliche Einschätzungen über das, was passiert wird, aber an welcher Stelle kollidiert das dann in irgendeiner Auszahlung, was das dann an Konsequenzen mit sich bringt.



**Frau Langeneckert (SJB):** Aus meiner Sicht wird die Beschlussvorlage noch einmal zur Entscheidung gestellt.

**Der Vorsitzende:** Die ist schon beschlossen. Jetzt geht es darum, ob es Gründe gibt, warum ich jetzt den antragstellenden Fraktionen sagen muss, es widerspricht sich mit dem, was vorher schon beschlossen wurde.

Der Erstkinderzuschuss, so wird hier begehrt, wird noch einmal erhöht. Das würde bedeuten, dass damit auch die Eltern von Erstkindern noch einmal zusätzlich entlastet werden. So habe ich das jetzt verstanden. Die Begründung aus dem Raum war, dass man damit einer möglichen Erhöhung vorgehen und die nivellieren will. Wenn es keine Erhöhung gibt, werden sie weiter entlastet. Das wäre jetzt für mich die Konsequenz. Dann müssten die Antragsteller sagen, das wollen wir aber nicht. Aber so, wie die alle aussehen, sind sie ganz zufrieden damit.

**Stadtrat Bauer (GRÜNE):** Ich probiere mich jetzt einmal in einem GO-Antrag, falls das geht. Ich stelle zur Abstimmung, dass wir die Abstimmung wiederholen und dann bei der erneuten Abstimmung diese beiden Punkte 4 und 5 nicht mit abstimmen. Das macht überhaupt keinen Sinn. Das war es vorher auch nicht. Ich habe selber den Fehler gemacht, es wurde von allen gesagt, dass es inhaltlich deckungsgleich ist, obwohl es eigentlich keine inhaltlich deckungsgleichen Vorlagen waren. Der Antrag von KAL/Die PARTEI und DIE LINKE., ist nicht deckungsgleich mit der Verwaltungsvorlage. Das heißt, alle im Hause haben gerade eigentlich unter einer falschen Prämisse abgestimmt. Deswegen, falls das von der Geschäftsordnung geht, würde ich gerne beantragen, das erneut abzustimmen, ohne die Ziffern 4 und 5.

**Der Vorsitzende:** Ich verstehe es inhaltlich immer noch nicht. Aber Sie vielleicht auch oder nicht. Dann würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir die Abstimmung über die Ziffern 152 bis 155 im Moment zurückstellen und das noch einmal klären. Man muss uns noch einmal erläutern, was das bedeutet, wenn beidem zugestimmt wird oder nur einem und in welcher Richtung. Das ist doch eine komplexe Geschichte. Wenn Sie damit einverstanden wären, wiederholen wir morgen noch einmal die Abstimmung von Ordnungsziffer 152 und 152 a und vertragen auch die Entscheidung über die Ordnungsziffern 153 bis 155. Dann haben wir das alles noch einmal en bloc und diskutieren das noch einmal aus, damit noch einmal klar ist, wo sich das vielleicht widersprechen könnte.

**Antrag 156 (Seite 241): Umsetzung Gemeinderatsbeschluss: Inklusion in Kindertageseinrichtungen (inkl. 2 x 0,5 Vollzeitstellen) (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

**Tagesordnungspunkt 2: Inklusion in Kindertageseinrichtungen (Vorlage 2020/0325)**

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Ich meine, wir hätten das heute schon beschlossen. Das ist identisch mit dem Beschluss, den wir am Ende der Tagesordnung im Gemeinderat beschließen sollen.

**Der Vorsitzende:** Wir haben TOP 2 aus der Gemeinderatsdebatte heute noch nicht aufgerufen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wenn wir es noch nicht aufgerufen haben, dann müssen wir es jetzt abstimmen. Dann ist es in Ordnung.

**Der Vorsitzende:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 und Ordnungsziffer 156 auf. Dann können wir darüber jetzt abstimmen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit**.

**Antrag 157 (Seite 241): Schaffung von 50 neuen Schülerhortplätzen in unterversorgten oder nicht versorgten Stadtteilen (AfD)**

Gibt es eine Wortmeldung? Gibt es nicht. Dann steht das jetzt zur Abstimmung. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 158 (Seite 241): Geschwisterkind-Reglung reduzieren (AfD)**

Der Antrag ist **zurückgezogen** bzw. als erledigt erklärt worden. Jedenfalls müssen wir nicht mehr darüber abstimmen.

Dann darf ich darauf hinweisen, dass über die 2. Veränderungsliste ein neues Kita-Projekt in die Bedarfsplanung aufgenommen wurde mit Mietkostenzuschuss und Investitionszuschuss. Ebenso die Kompensationsmittel des Bundes nach Änderung § 90 SGB VIII, dann die taggenaue Erstattung bei corona-bedingten Einrichtungsschließungen, der Mehraufwand Kitas freier Träger. Und ebenfalls über die 2. Veränderungsliste die Erstattung bei corona-bedingten Einrichtungsschließungen, Minderertrag städtische Kitas.

**Tagesordnungspunkt 5: Haushalt 2021: Etatisierung und Aufstockung der vom Migrationsbeirat empfohlenen Projekte und Maßnahmen (Vorlage 2020/1318)**

**Antrag 160 (Seite 246): Integrationsfonds des Migrationsbeirats aufstocken (DIE LINKE.)**

Das ist die Empfehlungsliste, die der Migrationsbeirat am 28. Mai vorberaten hat. Diese Liste ist in die Bereiche A, B und C unterteilt, wobei C nur nachrichtlich ist, weil die Stadt verpflichtet ist, den Betrag von 12.200 Euro an das IBZ aufzustocken. Diese Position ist bereits im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt. Also C ist erledigt.

Abweichend zur Vorlage im Mai 2020 wurde zwischenzeitlich eine Erhöhung bei A 3, dem Integrationsmanagement um 3.900 Euro vorgenommen, so dass sich die Gesamtsumme von 487.025 Euro auf 490.925 Euro erhöht hat. Es ist jetzt die Frage, ob wir blockweise Liste A mit den Projekten, die bisher aus dem Integrations- und Flüchtlingsfonds und nun direkt aus dem Haushalt bezuschusst werden und Liste B mit bereits im Haushaltsplan hinterlegten Maßnahmen, die aufgestockt werden sollen, oder die komplette Empfehlungsliste als Ganzes abstimmen.

Ich darf Sie noch über aktuelle Entwicklungen informieren. Betroffen sind das Projekt SCHEFF, das ist in der Liste A die Ziffer 5 und Perspektive Now Plus!, das ist in der Liste B die Ziffer 10. Beide Projekte sind aktuell 2020 zu 50 % über ESF-Mittel gefördert. Für 2021 wurde eine Weiterförderung durch ESF beantragt und im November auch bewilligt. Damit reduzieren sich die benötigten städtischen Mittel für diese Projekte für 2021. Wir sind bei der Erstellung der Liste seinerzeit davon ausgegangen, dass wir die vollen Mittel brauchen, weil die ESF-Förderung möglicherweise geendet hätte. Das heißt bei SCHEFF, dass der benötigte

städtische Zuschuss für 2021 44.000 Euro beträgt, das sind 50 % der Projektkosten, und die beantragten 78.900 Euro auf der Liste reduzieren sich auf diesen Betrag. Perspektive Now Plus!, der benötigte städtische Zuschuss beträgt 36.000 Euro. Das sind auch hier 50 % der Projektkosten. Die beantragte Aufstockung auf der Liste kann entfallen. Der Ansatz 2020 kann auch nach 2021 übernommen werden.

Die Frage war ursprünglich – die Liste C hat sich erledigt -, ob wir A und B getrennt oder zusammen und en bloc aufrufen können.

**Stadträtin Großmann (GRÜNE):** Wir GRÜNE würden sehr gerne die Listen insgesamt zusammen abstimmen, weil wir allen Anträgen, die aufgelistet sind, zustimmen. Die Maßnahmen sind für uns alle berechtigt und begrüßenswert. Wir sind uns einig, die Maßnahmen haben sich bewährt und sind ein wichtiger Bestandteil der Integrationsarbeit hier in Karlsruhe. Jahrelange erfolgreiche Arbeit bei der Unterstützung des Spracherwerbs, Erlernen der deutschen Sprache oder auch konkrete Hilfen für junge Geflüchtete für die Berufsschulbildung, schulische Förderung und Nachhilfeprogramme müssen Bestandteil der Integrationsarbeit bleiben. Sie sind ein Beispiel dafür, wie Integration zum Beispiel mit Sprachtandems gut funktionieren. Wir glauben, dass mit den Maßnahmen auf den Listen für Geflüchtete und Migranten jeden Alters hier in Karlsruhe etwas Sinnvolles getan wird. Neben dem Thema Sprache gibt es wichtige soziale Projekte, wie zum Beispiel Dolmetscherangebote, Sport-, Kultur- und Theaterprojekte. Das soziale Miteinander wird gefördert, ebenso die Kreativität. Dadurch eröffnen sich für alle Beteiligte neue Horizonte. Außerdem engagieren sich in diesen Projekten zahlreiche Karlsruher Bürger.

Was die Erhöhung des Integrationsfonds betrifft, sehen wir ebenfalls besonderen Handlungsbedarf. Es muss möglich sein, dass Maßnahmen ad hoc und unbürokratisch verlängert oder erweitert oder neue aufgelegt werden können, was im Laufe der Jahre mehrfach erforderlich aber nicht immer möglich war. Hier ist Flexibilität gefragt.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Es ist sehr viel, was im Bereich Integration und Flüchtlingshilfe schon getan wird. Alle Projekte, die unter A stehen, werden bei uns akzeptiert. Wir wollen sie dauerhaft im Haushalt verankern. Das heißt, wir stimmen der Liste A des Migrationsbeirats komplett zu, mit den Ergänzungen, die Sie gemacht haben. Es ist soziale Beratung notwendig. SCHEFF macht hervorragende Arbeit mit der Ergänzung Deutsch- und Matheförderunterricht. Es gibt eine sehr hohe Abschlusszahl.

Aber wenn wir allen Projekten der Liste A zugestimmt haben, ist der Integrationsfonds in Höhe von 160.000 Euro fast leer. Er hat fast keine Projekte. Das heißt, der Migrationsbeirat kann viele neue Projekte verwirklichen, so dass aus der Liste B, die wir bitten einzeln abzustimmen, die Erhöhung des Migrationsfonds keinen Sinn macht. Denn dann wäre der Integrationsfonds 300.000 Euro groß und wäre vollständig leer. Nach Meinung der SPD würden die 160.000 Euro, die immer noch im Integrationsfonds sind, ausreichen. Auch 8 und 11 werden wir nicht zustimmen. Wir stimmen aber sehr wohl dem Dolmetscherpool und der Perspektive Now Plus! zu. Beides sind für uns bewährte Projekte. Auch das Projekt 12 werden wir, wie vorhin auch, nicht weiter unterstützen. Zur Erhöhung, es sind trotzdem die Haushaltsmittel vorhanden, so dass sehr viel gemacht werden kann. Es wird ein Teil erhöht. 500.000 Euro Erhöhung in dem Bereich wäre schon ein sehr großer Schritt.

Der Punkt C, das haben Sie schon gesagt, ist schon gemacht. Dem stimmen wir auch zu. Also, A können wir komplett zustimmen. B Einzelabstimmung und C haben Sie als erledigt erklärt.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Wir handhaben es auch im Bereich Migration so, dass wir Bewährtes und bestehende gute Projekte erhalten wollen. Wir sehen, dass der Integrationsfonds in vielen Jahren nicht immer komplett ausgeschöpft wurde, oder dass wir durch den Flüchtlingsfonds schon die Möglichkeit hatten – Herr Bürgermeister Lenz hat es in der Vergangenheit bewährt gemacht –, dass wir umschichten konnten. Wir sehen die Gefahr, wenn wir jetzt den Vorschlägen des Migrationsbeirats zustimmen würden, dass dann im Prinzip neue Projekte überhaupt keine Chance mehr hätten, aufgenommen zu werden. Das wollen wir nicht. Wir wollen allen, die sich in dem Bereich engagieren, die Möglichkeit geben sich einzubringen. Erhöhungen der bestehenden Mittel lehnen wir aus den genannten Gründen und der Finanzlage jetzt ab. Wie gesagt, wir bleiben bei dem, was besteht.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Auch wir sind für die Erhaltung des Status Quo und enthalten uns.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Wir stimmen allen Projekten zu, die uns zur Empfehlung vorgelegt werden. Wir haben separat dazu unter Antrag 160 eine weitere Aufstockung des dementsprechenden Integrationsfonds beantragt. Wir sehen, dass wir eine Vielzahl an Projekten haben, die auf die Stadt zukommen werden. Wir verstehen auch, dass es natürlich haushalterisch eine schwierige Situation für die Stadt ist, haben es aber dennoch beantragt, weil wir gerade in den nächsten zwei, drei Jahren enorme Anstrengungen haben werden, um das Thema Integration voranzutreiben und das, was in den letzten Jahren an zusätzlichen Aufgaben auf die Stadt zugekommen ist, in dem Bereich weiter zu machen. Dementsprechend sind die Projekte so zu ermöglichen, dass wir ein Maximum an Integrationsangeboten in der Stadt, auch hochwertige Integrationsangebote sicherstellen können.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Auch meine Fraktion wird den Vorgaben des Migrationsbeirats vollumfänglich zustimmen. Es wurde ausführlich diskutiert und dort auch mehrheitlich beschlossen. Die Vertreter im Migrationsbeirat waren bei diesen Abstimmungen und Besprechungen dabei. Von daher verstehe ich nicht, wenn gesagt wird, teilweise stimmen wir Sachen zu und anderen nicht. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich möchte auch sagen, dass es ein nicht gutes Signal ist in Richtung der sachkundigen Einwohner ist, die sich sehr engagiert Monat für Monat treffen und eine gute Sacharbeit machen. Ich verstehe nicht, dass man im Migrationsbeirat selbst nicht den Mut hat zu sagen, das und das tragen wir nicht mit, und dann jetzt bei der Abstimmung praktisch aus der Melange heraus sagt, dem stimmen wir nicht zu und dem stimmen wir auch nicht zu. Die Entscheidungen des AK Migrationsbeirat haben natürlich keine rechtliche Verpflichtung, das wissen die auch, aber die erwarten schon, wenn Vertreter der Fraktionen Probleme haben mit dem, was dort diskutiert und beschlossen wird als Empfehlung hier an uns, dass das dann dort genannt wird und nicht hier auf kaltem Wege abgewürgt wird.

**Der Vorsitzende:** Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann steigen wir in die Abstimmung ein. Ich hatte Sie, Herr Stadtrat Zeh so verstanden, dass wir die Liste A komplett so zur Abstimmung stellen können. Dann entscheiden wir jetzt erst einmal über die Liste A. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

Bei der Liste A: Die Ansätze für SCHEFF haben wir für 2021 reduziert durch die hälftige Mitfinanzierung durch die ESF-Mittel.

Dann kommen wir zur Liste B. Das sind die Maßnahmen Nr. 7 bis 12. Herr Zeh, da müssten Sie mir einmal helfen, welche wir jetzt gemeinsam en bloc abstimmen können.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Wir sind für die Erhöhung des Punkt 9 und Punkt 10. Die anderen lehnen wir ab.

**Der Vorsitzende:** Dann rufe ich jetzt die Maßnahmen 7, 8, 11 und 12 der Liste B auf. Die kann ich zusammen aufrufen.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Ich würde der Offenheit halber sagen, dass Sie, Herr Zeh, nicht irgendwelche Zahlen benennen, sondern dass Sie ganz klar benennen, welche Maßnahmen Sie nicht wollen. Sie wollen jetzt Zahlen benennen. Dann bitte ich Sie, Herr Oberbürgermeister, das muss der Herr Zeh nicht machen, dass Sie, wenn er Ihnen die Zahlen sagt, sagen, um welche Maßnahme es sich handelt. Die Leute müssen wissen, warum sie etwas nicht bekommen. Benennen Sie die Träger.

**(Der Vorsitzende: Sie haben doch die Liste vorliegen!)**

Ja, aber draußen versteht es niemand. Zum Beispiel Nr. 8. Was ist Nr. 8? Das ist wichtige Arbeit, die gerade die Landsmannschaft der Deutschen in Russland macht. Dann muss auch klar sein, wer ist dafür und wer nicht.

**(Der Vorsitzende: Herr Cramer, ich habe Sie verstanden!)**

Lassen Sie mich trotzdem noch zu Ende reden.

**Der Vorsitzende:** Sie wünschen, dass ich das einzeln aufzähle. Das kann ich gerne tun.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Ich möchte mich etwas gegen den Duktus, den das Ganze hier annimmt, verwehren. Wir tragen eine Gesamtverantwortung für den Haushalt. Natürlich sind es fantastische Projekte. Wir wissen auch die einzelnen Träger zu schätzen. Wir können auch jeden einzelnen benennen. Wir gehen zu diesen Trägern. Wir haben ein sehr gutes Verhältnis, schauen uns die Projekte an, sind auch überzeugt von den Projekten. Wir stellen hier keinerlei Streichungsanträge. Wir haben uns einfach nur schwer getan bei Erhöhung, zum Teil sehr großen Erhöhungen, wie beispielsweise der Erhöhung des Integrations- und Flüchtlingsfonds, fast eine Verdoppelung, wo wir gleichzeitig in Liste A, um das noch einmal zu benennen, diese kompletten Projekte, die bisher daraus finanziert werden, herausnehmen, in den Haushalt nehmen, die bisherigen Mittel komplett freistellen für neue Projekte und jetzt nicht einfach einer Verdoppelung zustimmen, um das Kind beim Namen zu nennen. Nur als Beispiel.

Wir wurden gebeten zu sagen, wo kann man etwas zusammenfassen, um die Abstimmung zu erleichtern. Wir brauchen das nicht zu machen, wir können das einzeln abstimmen. Wir haben uns bei jedem Projekt schwergetan, wie sich viele sehr schwertun, die Verantwortung

für die finanziellen Spielräume der nächsten Jahre stellen. Ich belasse es dabei. Wir stimmen ab, wie mein Kollege Zeh es ausgeführt hat.

**Der Vorsitzende:** Ich nehme noch einmal das Angebot an, dass wir über alles abstimmen, was auch von der SPD mitgetragen wird. Dann brauchen wir nicht viermal einzeln abstimmen.

Es handelt sich nur um Aufstockungsbeträge. Sie hätten doch erst alle etwas dazu sagen können. Was ist denn jetzt das Problem?

**Stadtrat Schnell (AfD):** Das ist nur das Thema mit dem einzeln abstimmen. Das war mit jetzt nicht ganz klar, was da jetzt wie einzeln abgestimmt wird. Wir hätten gerne den Punkt 8 einzeln abgestimmt.

**Der Vorsitzende:** Dann mache ich jetzt alles einzeln, wenn das jetzt so weit noch zerfieselt.

Ich sage es noch einmal, es geht um die Liste B. In der Liste B geht es nicht um Plus oder Minus für einzelne Maßnahmen, sondern lediglich um die Aufstockung. Bei der Liste B, Herr Stadtrat Cramer, die Nr. 7 begehrt den Aufstockungsbeitrag von 160.000 Euro beim Integrations- und Flüchtlingsfonds um 140.000 Euro. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Wir hatten als LINKE. mit Antrag 160 einen weitergehenden Antrag zu Punkt 7 gestellt, den wir zuerst abstimmen sollten. Wir haben eine höhere zusätzliche Aufstockung gefordert. Das müssen wir zuerst abstimmen. Denn sonst haben wir wieder widersprechende Abstimmungen.

**Der Vorsitzende:** Da hätte man mich auch schon vorher darauf aufmerksam machen können. Mit der Ordnungsziffer 160 begehrt DIE LINKE. eine Aufstockung des Integrationsfonds um 240.000 Euro. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist **abgelehnt**.

Jetzt kommen wir wieder zurück zur Verwaltungsvorlage, zur Liste B, die Nr. 7. Auch da geht es um den Integrations- und Flüchtlingsfonds. Da ist der Vorschlag, es um 140.000 Euro aufzustocken. Auch darüber stimmen wir jetzt ab. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Dann kommt in der Liste B die Ziffer 8 Alle unter einem Dach. Träger ist die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Der Ansatz für 2020 beträgt 59.020 Euro. Es gibt den Wunsch der Aufstockung um 19.980 Euro. Über diese Aufstockung stimmen wir jetzt ab. – Damit ist es **abgelehnt**.

Wir kommen zu den Ziffern 9 und 10. Die können wir vielleicht zusammen abstimmen, wenn Sie einverstanden sind. Das ist einmal der Dolmetscherpool des Internationalen Bundes. Hier geht es um einen Aufstockungsbetrag von 23.680 Euro. Und die Perspektive Now Plus! Da muss ich jetzt die neuen Ansätze übertragen. Das kann ich Ihnen nicht genau sagen, weil wir da eine ESF-Förderung bekommen. 9 und 10 bringe ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Jetzt kommt der Betriebszuschuss an den IBZ, das ist die Nr. 11 auf der Liste B. Da geht es um einen Aufstockungsbetrag von etwa 5.000 Euro zu den schon bestehenden 55.000 Euro. Da bitte ich um Ihr Votum. – Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt die Maßnahme Nr. 12. Da geht es beim Tiyatro Dyalog, Theaterprojekte an Schulen, um einen Aufstockungsbetrag von 9.520 Euro zu den schon bestehenden 17.480 Euro. Da bitte ich auch um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Die Liste C hat sich erübrigt. Das hatten wir schon gemeinsam festgestellt.

Damit sind wir mit dieser Verwaltungsvorlage durch.

**Antrag 159 (Seite 246): Flüchtlingshilfe Karlsruhe e. V. (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., FW|FÜR)**

**Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE):** Gerne unterstützen wir den Antrag, der zu unseren Vorstellungen einer guten kommunalen Integrationspolitik passt. Gerne möchte ich die Vorstellungen kurz skizzieren, sofern sie haushaltsrelevant sind.

Erlauben Sie mir ein paar Ausführungen zur Integrationspolitik. Wir GRÜNE stehen für eine weltoffene und solidarische Gesellschaft, in der sich Menschen unabhängig von ihrem Herkunftsland willkommen fühlen. Damit Zuwanderungen gelingen und Vielfalt als Chance erlebt werden kann, muss jedoch kommunale Integrationspolitik den entscheidenden Rahmen vorgeben. Sie muss funktionsfähige Strukturen schaffen, die allen Karlsruher\*innen eine gleichberechtigte soziale Teilhabe ermöglicht. Als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe muss sie alle relevanten Handlungsfelder von Integration im Blick behalten und diese strategisch effizient gestalten. Von der Sprachförderung über aufenthaltsrechtliche Fragen bis zur Eingliederung in Ausbildung und Arbeit. Dazu gehört insbesondere, dass die berufliche und soziale Teilhabe von Zugewanderten, insbesondere auch von Geflüchteten, möglichst früh gefördert wird. Als eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Aufbau einer Lebensperspektive brauchen wir verlässliche Bleibeperspektiven für gut integrierte Geflüchtete. Sie bringen oft Fähigkeiten mit, auf die Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft weder verzichten können noch wollen.

Wir freuen uns sehr, dass die Verwaltung mit der Etablierung des Projektes Perspektive Ausbildung ein klares Zeichen gesetzt hat. Wir brauchen aber auch Orte der Begegnung, des Miteinanders von Karlsruher\*innen mit und ohne Migrationsgeschichte, statt eines exklusiven Nebeneinanders. Der so ermöglichte Perspektivenwechsel und die Horizonterweiterung ist für alle Beteiligten bereichernd und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Dies ist ein notwendiger Baustein im Kampf gegen Vorurteile, Diskriminierung und Rassismus. Es reicht allein aber nicht aus. Neben der klaren Positionierung der Stadt für ein weltoffenes Karlsruhe braucht es dringend gut durchdachte Maßnahmen gegen Rassismus, die gesamtgesellschaftlich greifen und institutionell verankert sind. Schlüssige Konzepte, die an die bereits vorhandenen Ressourcen anknüpfen und die in 2021 in Kooperation mit den relevanten Akteur\*innen zu entwickeln sind. Als Mitglied im Bündnis der Städte der sicheren Häfen gilt es weiterhin, als Kommune den Druck auf den Bund zu erhöhen, um zusätzliche Geflüchtete aufnehmen zu können und die bereits vorhandenen Unterbringungskapazitäten bei Bedarf hochzufahren.

Bezogen auf den aktuellen städtischen Haushalt sind uns GRÜNE vor allem zwei Aspekte besonders wichtig. Integration ist kein Selbstläufer. Es gibt sie nicht zum Nulltarif. Gute kommunale Integrationspolitik kostet Geld. Für zielführende Integrationsmaßnahmen müssen Mittel eingestellt werden. Bisher hat die Stadt nur 0,4 % des städtischen Haushalts für Integrationsmaßnahmen im engeren Sinne ausgegeben. Für uns ist deshalb die Unterstützung der Empfehlungsliste des Migrationsbeirats mit einer halben Million Euro keine Frage.

Der zweite wichtige Aspekt kommunaler Integrationspolitik muss durch Kontinuität und Nachhaltigkeit geprägt sein und nicht durch Sprunghaftigkeit. Es ist notwendig, bestehende und erfolgreiche Strukturen zu erhalten und im Haushalt zu verankern. Bewährt haben sich hier insbesondere Sprachförderungsangebote, Mentorinnenprojekte und Willkommensinitiativen. Hierzu zählt auch das seit 2014 bestehende außerordentliche Engagement der Flüchtlingshilfe Karlsruhe mit ihren vielfältigen Unterstützungsangeboten. Aufbauend auf einem stabilen Netzwerk und mit zahlreichen Ehrenamtlichen hilft sie Geflüchteten niederschwellig vom ersten Tag an beim Ankommen. Ihr Beitrag zum friedlichen Miteinander ist nicht zu unterschätzen. Gerne unterstützen wir den Antrag.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Die wichtige Arbeit der Flüchtlingshilfe und aller Ehrenamtlichen, die sich in diesem Bereich engagieren, schätzen wir sehr. Sie verdient höchste Wertschätzung. Wir haben den Fonds im Haushalt 2015/16 aus einer Notsituation der Flüchtlingswelle heraus geschaffen, in dem Bewusstsein, dass wir damit aber Aufgaben, die eigentlich dem Land und dem Bund zustehen würden, nämlich hier zu finanzieren und den Kommunen unter die Arme zu greifen, uns selbst aufbürden. Es war aber auch immer ein Fonds, der aus der Not heraus geschaffen wurde. In den vergangenen Jahren hat sich die Situation entspannt. Oft waren Mittel aus dem Fonds am Ende des Jahres noch vorhanden, die wir dann, Herr Bürgermeister Lenz, in die Migrationsarbeit umgeschichtet haben, in Absprache mit dem Migrationsbeirat. Wir sehen daher aktuell zum einen aufgrund der prekären Haushaltslage, aber auch aufgrund der tatsächlichen Situation, dass im Moment kein hoher Anstieg zu verzeichnen ist, nicht die Notwendigkeit, diesen Fonds weiter aufzustocken.

Gleichzeitig sage ich aber schon vorweg auf nachfolgende Anträge der AfD, dass wir natürlich Kürzungen im wichtigen Bereich Migration und Integration ablehnen. Wir wollen die Maßnahmen, die bestehen und einer Integration weiterhelfen, selbstverständlich erhalten.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Liebe Kollegin Frau Dogan, hier geht es nicht um den Flüchtlingsfonds, sondern um die Flüchtlingshilfe e. V., die verschiedene Angebote sehr niederschwellig auf dem Gelände des Schlachthofs anbietet. Spracherwerb, Beratung, verschiedene andere Hilfen und natürlich auch einfach die Kontaktpflege. Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten in Karlsruhe und natürlich auch im Landkreis hat nicht abgenommen. Die LEA ist nach wie vor ein wichtiger Ansprechpartner. Deshalb ist die Lage der Flüchtlingshilfe e. V. in der Nähe des Schlachthofs sehr geeignet. Viele hunderte Geflüchtete kommen regelmäßig dort vorbei. Bis jetzt hatten sie sehr viel Spenden aus der Bevölkerung. Die fließen aber sehr unterschiedlich. Es gab auch letztes Jahr schon einen Zuschuss von 25.000 Euro. In Anbetracht der Situation wird jetzt von uns befürwortet, 50.000 Euro für 2021 in den Haushalt einzustellen.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortbeiträge. Herr Stadtrat Cramer hat sich als befangen erklärt.



**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich möchte an die Ausführung von Frau Dr. Dogan anschließen. Aufgrund der Tatsache, dass wir Spitzenreiter bei der Redezeit sind, möchte ich kurz erklären, dass ich unsere Position an dieser Stelle, genauso wie unsere folgenden Anträge, bereits in meiner Haushaltsrede begründet habe. Wir haben unter anderem Probleme damit, dass hier Leistungen nur für Menschen einer bestimmten Herkunft angeboten werden. Deswegen werden wir bei diesem Antrag dagegen stimmen. Außerdem ist es so, dass der Bedarf nicht mehr so gegeben ist. Deswegen gibt es keinen Grund für die Aufstockung.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Wir von Freie Wähler|FÜR Karlsruhe hatten entschieden, dass wir nur bei den Ärmsten der Armen, bei denen es wirklich nötig ist, Gelder freigeben. Da gehören diese Menschen für uns dazu. Oder beispielsweise bei Behinderten usw. kommen ein paar Anträge, die wir befürworten. Ansonsten gilt unsere strikte Linie, nein zu sagen. Aber das finden wir ausgesprochen wichtig. Es ist eine Bevölkerungsgruppe, die integriert werden muss. Deswegen müssen wir da auch einiges tun.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zu den nächsten Abstimmungen. Ich rufe Antrag 159 auf, Flüchtlingshilfe Karlsruhe e. V., ein breiter interfraktioneller Antrag. Ich werde jetzt nicht alle wiedergeben. Ich bitte hier um Ihr Votum. – Das ist eine breite **Zustimmung**.

**Antrag 161 (Seite 246): Theaterprojekte an Schulen (AfD)**

Da können wir gleich in die Abstimmung gehen. – **Mehrheitlich abgelehnt**

**Antrag 162 (Seite 246): Maßnahmen Ausländerbetreuung für eigene Projekte und Veranstaltungen des Büros für Integration, darin unter anderem enthalten Migrationsbeirat, Einbürgerungsfeier und Integrationskurse (AfD)**

Auch da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch eine **ablehnende Mehrheit**.

**Antrag 163 (Seite 246): Bildungsbeirat für Migranten (AfD)**

Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 164 (Seite 246): Sonstige Projekte und Veranstaltungen (AfD)**

Auch hier bitte ich um das Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 165 (Seite 250): Dynamisierung der Personal- und Sachkosten aller für die Stadt tätigen Träger (GRÜNE)**

**Antrag 166 (Seite 250): Dynamisierung der Personal- und Sachkosten aller für die Stadt tätigen Träger (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

Ich darf hier noch ergänzen, dass wir den Mehraufwand der Dynamisierung Miete und Personalkosten in der 1. Veränderungsliste in den Haushalt eingestellt haben mit jeweils zusätzlichen 125.000 Euro.

Jetzt kann ich aber nicht ganz erlauben, ob es damit erledigt ist. – Von beiden Seiten **erledigt**.

#### **Antrag 167 (Seite 250): Haushaltstopf für Karlsruher Tafeln (SPD)**

**Stadträtin Moser (SPD):** Die Zeit ist sehr fortgeschritten. Es fällt natürlich schwer, jetzt noch zu begeistern für die letzten Anträge, die noch anstehen. Ich werde es trotzdem probieren.

Die Tafeln sind in Deutschland nicht mehr wegzudenken. Genauso ist es auch in unserer Stadt. Die ehrenamtlichen Helferinnen leisten einen wertvollen Beitrag in unserer Gesellschaft, um Bedürftige mit dem Notwendigen zu unterstützen. Dazu gehören das Sammeln und Verteilen von Lebensmitteln und Sachspenden, was einen gehörigen Zeitaufwand erfordert, denn die Tafeln finanzieren sich durch Spenden. Die Tafeln leisten einen wertvollen Beitrag zur Armut und Altersarmut. Die betroffenen Menschen, deren Anzahl leider immer mehr ansteigt, sind dankbar für die drei Tafeln in Karlsruhe. Gerade während des Lockdowns haben sie verlässlich ihren Betrieb aufrechterhalten und zwar unter erschwerten Bedingungen. Wir beantragen deshalb, 15.000 Euro in den Haushalt 2021 einzustellen, nur in das nächste Haushaltsjahr, damit die Tafeln Zuschüsse wie etwa für Miete und Nebenkosten beantragen können. Ich bitte Sie um wohlwollende Zustimmung.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Frau Moser, Sie haben mich nicht überzeugt. Der Antrag der SPD ist folgendermaßen zu verstehen: Schaffe ich einen Fördertopf, und er wird in Anspruch genommen. Uns sind keine finanziellen Probleme der Karlsruher Tafeln bekannt. Wir sind uns sicher, sollten irgendwann einmal irgendwelche Probleme auftreten, werden Politik und Verwaltung kurzfristig im Stande sein, für Lösungen zu sorgen.

Der Antrag ist heute für uns unbegründet. Wir stimmen heute nicht zu.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Wir sehen im Moment auch keinen akuten Handlungsbedarf bei den Tafeln, so wie in anderen Bereichen auch. Ich möchte deshalb auch zu den weiteren Punkten unsere allgemeine Haltung kurz darlegen.

Wir wissen alle, dass wir in dieser Pandemie-Situation und auch in dieser speziellen Haushaltssituation, die nicht gerade rosig ist, nur einen Einjahreshaushalt verabschieden, weil man nicht weiß, wie es jetzt weitergeht. Vielen Anträgen im Sozialbereich können wir nicht zustimmen, obwohl wir die Arbeit, das Engagement der Haupt- und Ehrenamtlichen, die dahinterstehen, sehr zu schätzen wissen und auch die Arbeit als gut einstufen können. In der Sozialkonferenz wurden ausführlich die verschiedenen Projekte dargestellt. Aus dem Sozialdezernat von Bürgermeister Lenz wurde uns berichtet, dass wir in Karlsruhe ein hohes Niveau einer sozialen Stadt haben, und dass jetzt, wenn nicht alles zu ermöglichen oder zu erweitern ist, in Karlsruhe keine soziale Kälte ausbricht. Deswegen müssen wir dieses Mal, um den Haushalt auch insgesamt zu retten, bei vielen Punkten nein sagen und im nächsten Haushalt weiterschauen, wie wir die Priorisierungen machen. Auch entgegen der Haltung von Herrn Bürgermeister Lenz, der sagte, man bräuchte eigentlich gar nicht groß erhöhen, denken wir schon, dass es gewisse Projekte gibt, die corona-bedingt oder weil wir glauben, dass der Bestand absolut gesichert werden muss, von uns unterstützt werden. Da gehört zum Beispiel die Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatungsstelle dazu, die Bahnhofsmision. Ganz wichtig ist auch für mich persönlich, dass die Kurzzeitpflege der Caritas nächstes Jahr

auf jeden Fall noch weitergeht, und dass wir dann hoffentlich bald ein gutes Konzept bekommen für die Kurzzeitpflege in dieser Stadt. Die psychosoziale Beratungsstelle für die Krebskranken müssen wir auch weiter fördern, bis endlich eine Lösung auch mit den Kostenträgern vereinbart wird. Substitutionsbehandlung werden wir auch unterstützen. Das alles sind Punkte, die wir im Haushalt 2021 unterstützen. Wir müssen dann im neuen Haushalt 2022/23 neue Prioritäten, neue Schwerpunkte setzen. Das gibt sicherlich eine harte Arbeit für uns alle. Wir glauben, dass wir damit der Situation gerecht werden und werden im Weiteren dann auch keine großen Redebeiträge oder gar keine Redebeiträgen zu den Punkten machen.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Grundsätzlich wollen wir als LINKE. in einem Land leben, in dem die Tafeln nicht mehr notwendig sind, weil wir auf Bundesebene eine Grundsicherung haben, dass jeder Menschen nicht darauf angewiesen ist, Sach- und Lebensmittelpenden anzunehmen, sondern sein Existenzminimum und seine soziale und kulturelle Teilhabe aus seinem eigenen Geldbeutel oder staatlichen Leistungen finanzieren kann. Dennoch unterstützen wir natürlich sehr die Arbeit der Tafeln und wertschätzen sie für ihr großes Engagement. Es ist nicht einfach, das über einen so langen Zeitraum zu machen.

Wir haben eine große Sympathie für den Antrag der SPD und waren bis jetzt der Ansicht, dass das tatsächlich auf Bedarf der Tafeln beantragt wurde, weil wir uns nicht vorstellen konnten, dass die SPD-Fraktion blind 15.000 Euro beantragt, sondern sicherlich ein Bedarf der drei Tafeln gemeldet wurde und wir das vielleicht als Fraktion nicht mitbekommen haben, dass wir deshalb den Antrag der SPD unterstützen. Ich bin jetzt etwas überrascht, dass die SPD bei ihrer Erläuterung des Antrags gar nicht darauf eingegangen ist, ob so etwas überhaupt existiert, ob die Tafeln diesen Bedarf gemeldet haben, ob es überhaupt Problemstellungen dazu gibt. Vielleicht kann die SPD noch etwas Licht ins Dunkel bringen. Sonst ist es sehr schwierig für uns, so etwas abzuschätzen.

**Stadträtin Moser (SPD):** Ich versuche es einmal. Vielleicht bin ich dann überzeugender, Herr Borner. Vielleicht sollten Sie einmal zur Tafel in Durlach gehen und mit den Mitarbeiterinnen dort sprechen. Die sagen etwas ganz anderes. Damit wir eine Gerechtigkeit haben, haben wir für alle drei Tafeln jeweils 5.000 Euro beantragt, nicht nur für eine Tafel. Die 15.000 Euro müssen nicht ausgeschöpft werden. Es kann durchaus sein, dass der Bedarf bei einer Tafel nicht da ist. Aber die Möglichkeit, dass alle drei Tafeln einen Antrag stellen können, sehen wir als notwendig an. Deswegen jeweils 5.000 Euro. In Durlach ist es auf jeden Fall notwendig. Das weiß ich persönlich aus Gesprächen.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Herr Stadtrat Bimmerle, ich möchte kurz aufklären über die Historie dieses Antrags. Vor zwei Jahren hat die SPD-Fraktion einen Antrag gestellt zur Finanzierung der Tafel Durlach. Denen wurde damals gekündigt. Die mussten in neue Räumlichkeiten umziehen. Da gab es eine finanzielle Schwierigkeit. Die Karlsruher Tafeln haben zurzeit keinerlei finanziellen Probleme.

**Der Vorsitzende:** Wir stimmen jetzt unter Ziffer 167 über den SPD-Antrag Haushaltstopf für Karlsruher Tafeln. – Das ist eine **Mehrheit**, die sich **dagegen** ausspricht.

**Antrag 168 (Seite 250): Förderung Modellprojekt „Innovative Pflege“, Aufhebung Sperrvermerk (GRÜNE, SPD)**

Das ist in der Veränderungsliste von uns so vorgesehen, so dass er sich **erledigt** hat.

Bevor wir jetzt mit Sozialem Quartiersmanagement und dem Karlsruher Pass einsteigen, schließen wir die Sitzung. Nehmen Sie sich bitte noch etwas zu Essen mit, wenn Sie dort hinten vorbeigehen. Sie können alles liegen lassen, bis auf Wertsachen. Für die übernehmen wir keine Garantie. Für unsere Unterlagen immer, die klaut nämlich außer uns niemand.

Wir sehen uns dann morgen früh um 9:00 Uhr hier in aller Frische wieder. Schönen Abend und guten Nachhauseweg.

(Unterbrechung der Sitzung von Dienstag, 18:57 Uhr bis Mittwoch, 9:00 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Erste Bürgermeisterin, werte Bürgermeisterin und Bürgermeister, meine sehr verehrte Damen und Herren, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ich darf Sie zu unserem zweiten Tag der Haushaltsberatungen hier ganz herzlich begrüßen. Entschuldigt sind Herr Stadtrat Braun, Frau Stadträtin Ansin, Frau Stadträtin Wiedemann und Frau Stadträtin Binder. Herr Stadtrat Jooß wird etwas später zu uns stoßen.

#### **Antrag 44 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 - Effizienteste und wirtschaftlichste Maßnahmen des KSK vorrangig umsetzen (CDU)**

Wir haben von gestern noch drei Dinge nachzuholen bzw. mit Ihnen zu klären. Das eine ist der Antrag der CDU. Das sind uns ja gestern zwei Fehler passiert. Den einen kennen Sie, den anderen noch nicht. Der eine Fehler war, dass es überhaupt auf die Tagesordnung gekommen ist, weil es nicht schon im entsprechenden Fachausschuss vorberaten ist. Das war ein Fehler, der mir passiert ist. Der zweite Fehler ist, dass Frau Kollegin Lisbach der Meinung war, es sei im entsprechenden Ausschuss schon diskutiert worden, was nicht der Fall ist. Insofern bitte ich Sie um Nachsicht, und wenn die Dinge erst mal schief drin stehen in der Tür, dann bleiben sie meistens noch schief in der Tür stehen. Ich bitte um Nachsicht und würde es gerne im Fachausschuss noch mal zur fachlichen Beratung aufrufen. Die Antragsteller können sich überlegen, ob sie damit noch mal in den Gemeinderat gehen, wenn es denn fachlich beraten ist. Das obliegt Ihnen ja. Wie es im Gemeinderat ausgeht, wissen Sie ja jetzt seit gestern, insofern ist das schon mal ein Hinweis.

Das ist die eine Botschaft. Die andere Botschaft betrifft die **Tischvorlage**, die wir Ihnen ausgelegt haben. Das ist die Konkretisierung der Ressourcen, die wir zusätzlich für das Klimaschutzkonzept eingestellt haben, die auch Teil dieser Haushaltsvorlage geworden sind. Wir hatten seinerzeit, als wir das im Oktober eingebracht haben, Ihnen angekündigt, dass wir dazu einen Sperrvermerk im Haushalt aufnehmen zu diesem Gesamtbudget, weil wir es noch nicht spezifiziert haben. Jetzt ist es spezifiziert. Es ist auch soweit alles klar, worum es geht, und wir müssten deshalb hier miteinander vereinbaren, dass an alle diese Maßnahmen jetzt kein Sperrvermerk mehr kommt, weil wir sie ja auch mit dem Haushalt gemeinsam beschließen. Ich hatte es gestern angesprochen. Mir war es nur wichtig, dass Sie es auch vorliegen haben, damit wir wissen, worum es geht. Jetzt haben wir, glaube ich, im Haushaltsentwurf keinen Sperrvermerk mehr drin, deswegen will ich es Ihnen einfach nur mitteilen und Sie wissen, worum es geht. Dann brauchen wir es nicht separat zu beschließen, wenn dem so ist.

Okay, ich höre gerade, dass wir den Sperrvermerk doch formal eingeführt haben. Ich springe noch mal zurück zu dieser roten Vorlage. Wir müssten jetzt einmal beschließen, dass wir an allen diesen Punkten die Sperrvermerke wieder aufheben. Da bitte ich Sie jetzt einfach um Ihr Votum.

Jetzt haben wir hier gerade Verwirrung gestiftet. - Das ist keine qualifizierte Mehrheit.

(Die Abstimmung wird wiederholt)

So, also, Sperrvermerk aufheben über dieses ganze Klimaschutzpaket: Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **deutliche Mehrheit**.

**Antrag 153 (Seite 241): Zuschüsse für Kinderbetreuung, Erhöhung Erstkinderzuschuss (GRÜNE)**

**Antrag 154 (Seite 241): Keine Erhöhung der KiTa-Beiträge, Erhöhung Erstkinderzuschuss (SPD)**

**Antrag 155 (Seite 241): Weitere Schritte in Richtung beitragsfreie KiTa gehen, Erhöhung Erstkinderzuschuss (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

**Lfd. Nr. 15: Neue Finanzierungssystematik Kita: Erweiterung einkommensabhängige Beitragsreduzierung (Vorlage 2020/0172)**

Dann gibt es den dritten Punkt, den wir von gestern noch klären müssen. Da geht es um die Anträge zu der Erhöhung des Erstkinderzuschusses.

Ich kann Ihnen jetzt nicht alle Zwischenschritte erklären, aber es ist so, dass in der Ziffer 4 in dieser Beschlussvorlage den freien Trägern die Möglichkeit eröffnet wird, noch mal um 3 % die Elternbeiträge zu erhöhen. Die drei Anträge der GRÜNEN, der SPD, der KAL/Die PARTEI und DIE LINKE. haben die Erhöhung der Erstkinderzuschläge so verstanden, dass damit eine Erhöhung bei den freien Trägern ausgeglichen werden soll, sodass es nicht zu einer Erhöhung bei den freien Trägern kommt. Insofern macht es keinen Sinn, beides zu beschließen, nämlich wenn ich auf der einen Seite sage, ihr dürft erhöhen um 3 % und auf der anderen Seite sage, ich erhöhe den Erstkinderzuschuss, um zu verhindern, dass die freien Träger erhöhen. Insofern müsste man eigentlich die drei Anträge als Änderungsanträge zu der Beschlussvorlage der Verwaltung verstehen, nämlich 600.000 Euro einzustellen, um die Erhöhung bei den freien Trägern auszugleichen.

Insofern macht es Sinn, dass wir erst über diese drei Anträge entscheiden, dann noch mal über die dadurch veränderte Vorlage der Verwaltung. Ich hoffe, ich habe es jetzt richtig wiedergegeben. Wobei ich auch noch mal darauf hinweisen möchte, dass diese 600.000 Euro nicht automatisch 3 % bei den Trägern entsprechen. Aber in der Gesamtsumme gleichen sie genau diesen Betrag aus. Insofern würde ich jetzt die Anträge 153 bis 155 gemeinsam aufrufen. Wichtig ist die Höhe von etwa 600.000 Euro. Zielsetzung ist, dass die freien Träger ihre Beiträge im nächsten Jahr nicht erhöhen. Das wird über eine Erhöhung des Erstkinderzuschusses aufgefangen. Das sind manchmal 3 %, manchmal mehr, manchmal weniger. Das hat ein bisschen was mit der Systematik zu tun. Aber darum geht es Ihnen ja nicht. Ihnen geht es ja darum, dass man diese Erhöhung abwendet.

Jetzt rufe ich zunächst diese drei Anträge auf. Das belastet den Haushalt mit 600.000 Euro und verhindert eine Erhöhung der Beiträge. Da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

Damit verändert sich die Beschlussvorlage der Verwaltung, weil dann müssen wir die Ziffer 4 rausstreichen. Dann müssen wir aus der Beschlussvorlage der Verwaltung, die Sie gestern schon beschlossen haben, die Ziffer 4 rausstreichen, logischerweise. Deswegen stelle ich die Beschlussvorlage ohne die Ziffer 4 noch mal zur Abstimmung, damit wir es einfach sauber haben. Das ist die Beschlussvorlage 2020/0770. Da bitte ich Sie um Ihr Votum. – **Zugestimmt**.

**Antrag 152 (Seite 241): Weitere Schritte in Richtung beitragsfreie KiTa gehen (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.).**

Da wird eine Stellenschaffung begehrt. Das würden wir nicht machen.

Wir schauen, wie wir mit unseren Stellen klarkommen und wenn es nötig ist, kommen wir noch mal auf Sie zu. Gut, vielen Dank.

Dann können wir dort fortfahren, wo wir gestern Nachmittag stehen geblieben sind, das ist auf der **Seite 250**.

**Anträge 169 bis 169 e (Seite 250): Soziales Quartiermanagement (DIE LINKE.)  
Lfd. Nr. 14 Liste Finanzierungsvorbehalt: Konzept Soziale Quartiersentwicklung in Karlsruhe (Vorlage 2020/0172**

Da soll ich noch mal darauf hinweisen, dass der Antrag der LINKE. insgesamt sechs Vollzeitstellen begehrt, während in der Vorlage der Verwaltung nur drei Vollzeitstellen vorgesehen sind. Das ist noch mal ein wichtiger Hinweis.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Aus unserer Sicht müssen es drei Stellen sein, die wir beantragt haben. Dann muss es ein Fehler sein. In meiner Vorlage stehen auch explizit drei Stellen drin. Vielleicht war es ein Übertragungsfehler. Wir würden uns der Verwaltungsvorlage anschließen und über die drei Stellen abstimmen lassen. Das macht auch Sinn.

**Der Vorsitzende:** Okay, dann kann ich Ihren Antrag und die Verwaltungsvorlage gemeinsam aufrufen, weil es dasselbe begehrt.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Zunächst ein paar grundsätzliche Worte zu unserer Haltung zum sozialen Bereich an dieser Stelle. Wozu ist das Soziale überhaupt gut? Sozialpolitik sorgt für den Kitt in unserer Stadt, dafür, dass alle Menschen sich als zugehörig und als Karlsruher miteinander verbunden begreifen können. Um diese Verbundenheit zu erreichen, sorgt unsere Sozialpolitik für den Schutz armer, kranker und geflüchteter Menschen. Wir GRÜNEN werde nicht müde zu betonen, dass das Soziale eine zentrale Grundlage demokratischen Handelns überhaupt ist. Demokratisches Handeln will die Menschen miteinander verbinden, sich an alle richten, alle einbeziehen. GRÜNES Denken wird geleitet von dem Satz „Alle Menschen gehören dazu“, wirklich alle.

Im Unterschied dazu, unsozial und antidemokratisch handelt eine Person oder eine Partei, die auf Spaltung aus ist, die den Schutz und Kitt der Gesellschaft abbauen will, eine Partei oder Person, die mit einem wesentlichen Teil der Gesellschaft unverbunden ist, sie ablehnt und sich deshalb in die Stadtgesellschaft nicht einfügen will. Genau dies tut die AfD. Sie fügt sich nicht ein, sondern ist auf Spaltung aus. Jede dritte Bürgerin oder Bürger in Karlsruhe hat Migrationshintergrund oder ist Ausländer\*in. Die AfD zeigt mit ihren Anträgen, dass sie jeder dritten Person in Karlsruhe ausgrenzend gegenübersteht. Die AfD hat sage und schreibe zehn Anträge geschrieben, die auf Ausgrenzung aus sind und damit, allerdings vergeblich, versucht das friedliche Zusammensein in Karlsruhe zu destabilisieren - vergeblich.

(Zurufe vonseiten der AfD)

Auch die Wohnraumakquise für wohnungslose Menschen will die AfD zusammenstreichen und die Unterhaltsvorschussleistung für Alleinerziehende reduzieren, was rechtlich gar nicht geht. Das ist eine abstruse Mischung aus Wildem Westen und völkischem Gedankengut und hat hier in Karlsruhe keine Chance. Es ist das Gegenteil von Gestalten und Verbinden in unserer lebensfrohen Stadt.

Bei unseren Vorberatungen wurden wir von der Ansicht geleitet, dass die Pandemie eindeutig die Situation für arme, kranke und alte Menschen verschärft. Menschen, die sowieso wenig haben, z. B. keine Rücklagen, gehören zu den größten Verlierern der Krise. Die Armutsgefährdung steigt auch angesichts einer deutlich verringerten Anzahl an Zwei-Euro-Jobs und kleineren Minijobs, z. B. im Gastrobereich, sowie dem Anstieg von Kurzarbeit.

Wir GRÜNEN gehen differenziert an die Anträge heran. Vielen Anträgen stimmen wir nicht zu, weil, wie bei den Tafeln oder dem Hebammenverband kein Bedarf gemeldet wurde oder weil das Thema Doppelstrukturen ungeklärt ist oder auch, weil ein Konzept bzw. sogar die Vorberatung fehlt. Letzteres trifft auf mehrere Anträge zum Karlsruher Pass zu, wo wir der Meinung sind, da muss man wirklich erst mal in Ruhe klären, um welche Auswirkungen geht es da eigentlich.

Schwerpunkte für uns in diesem Haushalt sind, und zwar häufig als interfraktioneller Antrag im sozialen Bereich, zum einen der Migrationskinder- und -jugend-Bereich, zu dem ja schon einiges gesagt wurde, dann der Pflegebereich mit den Themen innovative Pflege und Kurzzeitpflege, der Gesundheitsbereich, Anträge zur Suchtberatung, das Zentrum für seelische Gesundheit, das Thema Langzeitarbeitslose mit Handicaps durch Unterstützung z. B. durch AWOs. Wir unterstützen den Antrag zur sozialen Verkehrsentwicklung und zur Bahnhofsmission. Ebenso sprechen wir uns für kostenlosen ÖPNV für Kinderpassinhaber\*innen bis 25 Jahren aus.

Zum Thema Quartiersentwicklung möchte ich extra noch mal was sagen. Wir stimmen dem Antrag 169 zu - also, mit drei Stellen, so stand es bei uns auch drin – und den Anträgen 169 a und b. Diese Zahlen entsprechen dem Konzept zur Quartiersentwicklung, das im April dieses Jahres wirklich mit überwältigender Mehrheit und mit überzeugenden Worten begrüßt wurde. Es wurde in diesem Konzept überzeugend begründet, dass drei Stellen notwendig sind, um das Herz der neuen Sozialarbeit in den Stadtteilen aufzubauen, ein Metakonzept zu entwickeln und die Quartiersarbeit nicht den unterschiedlichen Trägern zu überlassen. Quartiersarbeit darf nicht von der Fernsehlotterie und ihren wechselnden Kriterien abhängig sein.

Sie ist gerade jetzt in der Corona-Pandemie aufwendig und notwendig. Das erlebe ich direkt in Mühlburg. Digitalisierung passiert eben auch nicht von allein. Gerade jetzt brauchen wir die Vernetzung und geprüfte Hilfsangebote für alte und einsam lebende Menschen. Schon begonnene Aktivitäten z. B. in Beierthelm und Bulach und in Neureut würden ansonsten abgebrochen werden. Es geht auch darum, zu sparen, denn Doppelstrukturen sollen abgebaut werden. Eine Reduzierung der Stellen ist deswegen nicht sinnvoll. Wir halten eine derartige Abbremsung der Quartiersentwicklung gerade in Coronazeiten für ein sehr schlechtes soziale Signal.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Uns geht es in diesem Haushalt vor allem darum, die Strukturen, die wir bereits haben und die wichtig und notwendig sind, weiter zu erhalten. Dazu gehört auch, dass Quartiersarbeiten und Quartiersprojekte, die bis jetzt bestehen, erhalten bleiben. Des Weiteren muss auch sicherlich diese Projektstelle der Stadtteilkoordinatorin weiterlaufen. Das heißt für uns, wir möchten den bestehenden Bereich erhalten, so sollen auch die Mittel eingestellt werden und die Stadtteilkoordinatorin, die bereits existiert als Projektstelle, auch weiterhin fördern.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Ich kann meine Kollegin Anlauf gut verstehen. Zur AfD wäre wirklich viel zu sagen, in diesem Bereich. Allerdings ist mir hier die Redezeit zu schade, und der Fokus auf die Quartiersarbeit ist es wirklich wert, mich nur darauf zu konzentrieren.

Ich stimme auch überein, dass das Konzept zur sozialen Quartiersentwicklung tatsächlich von elementarer Bedeutung ist für die Weiterentwicklung unserer sozialen Stadt. Für unsere Fraktion geht es heute um die Frage der weiteren Ausgestaltung, der weiteren Schritte. Dieses Konzept, diese Vorlage, die Sie beschrieben haben, wurde ursprünglich beschlossen für den nächsten Doppelhaushalt. Jetzt sieht die Lage anders aus, wir haben das Haushaltsjahr 2021, mit dem wir uns unter Pandemie-Bedingungen beschäftigen. Da haben Sie natürlich Recht, das hat ganz andere Herausforderungen, aber auch erheblich veränderte Rahmenbedingungen, beispielsweise Begegnungen können ja so in der Form nicht stattfinden, lediglich virtuell. Auf der anderen Seite sind wir wirklich in einer schwierigen finanziellen Lage.

Wir als Fraktion haben lange darum gerungen. Wir halten es nicht für vertretbar, diese ursprünglich für einen normalen Doppelhaushalt geplante Vorlage so in Gänze zu beschließen. Ich kann meinem Kollegen Müller Recht geben. Für uns ist es besonders wichtig, das bisher Bestehende zu sichern. Da ist ja auch die Ziffer, die Sie jetzt angesprochen haben, in der Verwaltungsvorlage dabei, zumindest Antrag 169b, die bisherigen Quartiersprojekte auch weiter zu fördern. Das ist für uns von elementarer Bedeutung. Wir wollen, dass wenn die Bedingungen es zulassen, dass tatsächlich auch die weitere Umsetzung nicht stocken muss, nicht ein halbes Jahr warten muss. Bisher haben wir ja eine dieser Stellen als Projektstelle, die befristet ist, aber die schon wahnsinnig wertvolle Arbeit leistet. Deswegen, unser Kompromissvorschlag: Wir bringen heute den Änderungsantrag ein, die Stellen auf zwei Stellen zu reduzieren, d. h. sofern es möglich ist, kann tatsächlich das Konzept weiter umgesetzt werden auch schon im Jahr 2021, mit einer zusätzlichen Stelle. Das halten wir für einen guten Weg.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich möchte auf Frau Anlauf antworten.



Frau Anlauf, Sie als GRÜNE sind hier in der größten Fraktion. Wir haben gerade festgestellt, dass Sie von Ihren Standpunkten sehr überzeugt sind. Dagegen ist nichts einzuwenden, aber einer sehr kleinen Fraktion, die hier immer überstimmt wird, egal was sie beantragt, auch noch vorzuwerfen, sie würde die Gesellschaft spalten, bloß weil wir eine andere Meinung haben, ist völlig inakzeptabel. Dabei bleibe ich.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Ich möchte ein paar grundsätzliche Worte zum Sozialen sagen. Die soziale Wärme einer Stadt kommt nicht durch das, was die Stadt macht. Da ist meine tiefe Überzeugung. Es kommt davon, wie die Menschen miteinander leben. Die Stadt kann dann eingreifen als die Institution, die das fördert, z. B. dass Koordination im Quartier da ist, dass gewisse Dinge vernetzt werden. Die Stadt kann aber keine Quartiersarbeit erzeugen. Deswegen braucht es einen organischen Aufbau von Quartiersarbeit, d. h. wo Ehrenamtlichkeit da ist, wo Stellen schon da sind, wo Engagement ist, dies miteinander zu verbinden, sodass es besser funktioniert. Das halte ich für eine zentrale Aufgabe der Quartiersarbeit, dass die Kräfte, die in der Gesellschaft vorhanden sind, zum Tragen kommen.

Grundsätzlich glaube ich, dass Karlsruhe das Privileg hat, auf einem höchsten Stand wahrscheinlich in unserem Land im Sozialen zu leben. Deswegen halte ich es für diesen Haushalt nur für angemessen, wenn wir dort, wo wirklich ein Mangel ist, nachbessern. Der Mangel ist für mich dort, wo Menschen wirklich in Armut leben, wo sie vergessen sind, wo Ehrenamtlichkeit die Leute gar nicht erreicht. Deswegen glaube ich, gibt es ein paar wenige Dinge, die wir wirklich begrüßen und unterstützen, z. B. Ausstiegshilfe für Prostitution, Hilfe für gehandicapte Menschen. Da müssen wir schauen, dass wir noch etwas tun. Aber ansonsten ist für diesen Haushalt nichts zu sagen zum Sozialen, denn wir sind auf einem hohen Standard. Wir müssen dort schauen, wo es fehlt und nicht die Standards weiter erhöhen. Dazu ist es einfach nicht die Zeit. Das dürfen wir nicht vergessen. Wir sind eine soziale Stadt. Ich hoffe, dass wirklich die Menschen, die ehrenamtlichen Bürger dieser Stadt, sich gegenseitig wahrnehmen und sich gegenseitig helfen. Das ist mein Ziel einer sozialen Stadt.

**Stadträtin Fenrich (AfD):** Ich möchte zur Sache gar nichts aussagen, aber ich möchte etwas zu Ihren Vorwürfen, Frau Anlauf, sagen. Das, was Sie hier geboten haben am frühen Morgen, das ist einfach unterirdisch. Vergessen Sie bitte nicht, dass das, worüber wir hier entscheiden, die Gelder unserer Karlsruher Bürger und Bürgerinnen sind. Da müssen Sie auch ertragen, dass eine Fraktion wie wir vielleicht auch in mancher Beziehung eine andere Auffassung hat als Sie. Das müssen Sie ertragen, das ist eigentlich die Demokratie. Sie zeigen mit Ihrem Verhalten, wie undemokratisch Sie sind.

Sie, Frau Anlauf, und sehr geehrte Kollegen von der gegenüberliegenden Seite, wenn Sie vielleicht gestern nicht zu müde waren, haben Sie auf Phönix, öffentlich-rechtliches Fernsehen der ARD und des ZDF, vielleicht gesehen, was da lief. Da war auch der Marxist Gregor Gysi eingeladen neben anderen, und da ist diskutiert worden, auch im Wesentlichen über das Verhalten der AfD, und wie in der Öffentlichkeit mit der AfD umgegangen wird. Wenn Sie das gesehen hätten, dann hätten Sie heute sich diese Aussagen, die Sie gemacht haben, diese Polemik, diese Vorwürfe, die hätten Sie sich sicherlich erspart. Das entbehrt jeglicher Objektivität, ist polemisch, ist nicht gerechtfertigt. Sie haben hier die Mehrheit im Gemeinderat, aber noch nicht im Land. Wenn Sie sie im Land haben, werden Sie sie auch nicht mehr lange haben.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Ich kann jetzt gar nicht über mein eigenes Fernsehverhalten von gestern Abend sprechen, das will ich jetzt allen gerne ersparen. Aber ich wollte dann doch schon auf Herrn Kalmbach eingehen. Sie haben gesagt, dass jetzt nicht die richtige Zeit dafür sei, die Sozialleistungen auszubauen. Da frage ich mich, wann denn die richtige Zeit dafür ist. Ein Sozialstaat ist ja nicht wichtig, wenn es uns wirtschaftlich gut geht, wenn alles tipptopp läuft, wenn wir die niedrigste Arbeitslosenquote haben, wenn alles prima ist in der Gesellschaft. Ein Sozialstaat ist ja gerade dann wichtig, wenn wir eine schwierige Lage haben, denn dann sind die Menschen umso mehr darauf angewiesen. Wohlwissend, dass wir jetzt als Kommune natürlich gerade das Problem haben, dass wir nicht antizyklisch handeln können, sondern eigentlich davon abhängig sind, dass wir eine gute wirtschaftliche Lage haben. Deshalb kann ich hier nur appellieren, dass man gerade jetzt Sozialleistungen ausbaut, sinnvoll an den Stellen, an denen es denen nutzt, die jetzt besonders in der Coronakrise zu leiden haben und dann über die nächsten Jahre schaut, was ist möglich, wohin gehen wir weiter die nächsten Schritte. Jetzt aber zu sagen, wir lassen alles so wie es ist, das trifft nicht die Realität.

**Der Vorsitzende:** Ich würde gerne noch ergänzen, zu dem, was gesagt wurde. Wir haben als Großstadt eine der niedrigsten Segregationsquoten. Das spricht dafür, dass wir als soziale Stadt schon deutlich besser funktionieren als andere. Wir sind, glaube ich, auf Platz 64 von 69 Städten. Das heißt, wir haben eine bessere Situation als 68 andere Großstädte in Deutschland mit über 100.000 Einwohnern und mehr. Insofern schauen sich im Bereich Obdachlosenhilfe, Armutsbekämpfung, arme Familien fördern usw. viele Städte eher etwas bei uns ab, als dass wir irgendwo hingehen müssten, um was anderes anzuschauen. Das was wir jetzt hier mit sozialer Quartiersentwicklung weiter fördern und anschieben, ist etwas, das sicher sehr wünschenswert wäre, aber das ist etwas, was nicht zur Grundausstattung einer sozialen Stadt gehört, zu der wir verpflichtet wären.

Die Verwaltung würde das gerne so weiter betreiben, das ist ja nicht die Frage. Wir haben aber ausdrücklich diese Vorlage auch unter Finanzierungsvorbehalt gestellt. Insofern werde ich auch jetzt nicht diese Vorlage aufrufen, denn ich kann Ihnen als Stadt gar nicht empfehlen, die im Moment mitzugehen, sondern ich würde den Antrag der LINKEN aufrufen, die ja gesagt haben, sie sind identisch mit dem, was in der Vorlage als Maximum gewünscht wird oder vorgeschlagen wird.

Dann würde ich den Änderungsantrag aufrufen der SPD, wo man mit zwei Stellen auskommt, und ggf. würde das Thema eben dann beim nächsten Doppelhaushalt wieder aufgerufen werden, wenn Sie das wünschen. So habe ich jetzt die verschiedenen Beiträge verstanden. So würde ich jetzt auch noch mal die Position der Verwaltung an dieser Stelle unterstreichen wollen. Ich glaube auch nicht, dass die Initiativen, die es jetzt in Beiertheim gibt oder in Mühlburg oder anderswo, durch dieses eine Jahr Verzögerung oder dadurch, dass wir es vielleicht auch gar nicht machen können - ich weiß es für nächstes Jahr nicht - in Existenznot geraten. Das glaube ich persönlich nicht. Trotzdem würden wir natürlich irgendwelche Projektstellen weiterhin fördern, das ist ja klar. Es geht immer darum, dass wir nicht das Bestehende jetzt infrage stellen.

Der Antrag der LINKE., so hat es Herr Stadtrat Bimmerle interpretiert, ist von den Inhalten identisch, was mit Ihnen im April schon im entsprechenden Sozialausschuss – nein, im Sozi-

alausschuss im Februar und im Gemeinderat im April – diskutiert wurde. Da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann, Frau Stadträtin Melchien, wenn Sie noch mal kurz beschreiben, was jetzt aus der städtischen Vorlage rausfliegt, was Ihr **Änderungsantrag** ist.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Eine Stelle fliegt raus. Dann ist die Weiterfinanzierung alles Bisherigen mit dabei. Also zwei Stellen, und diese Projektstelle wird in eine normale Stelle umgewandelt und eine zusätzliche Stelle eingerichtet.

**Der Vorsitzende:** Eine zusätzliche Stelle, und eine Projektstelle wird in eine feste Stelle umgewandelt. Trotzdem vom Stellenplan her sind es zwei Stellen, aber eine hatten wir bisher auch schon finanziert.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Ganz genau, das heißt, wir müssen eine Stelle rausnehmen.

**Der Vorsitzende:** Alles klar, okay dann würde ich das jetzt zur Abstimmung stellen. - Das ist eine **deutliche Mehrheit**. Dann hätten wir das damit auch erledigt.

#### **Lfd. Nr. 11 Liste Finanzierungsvorbehalt: Fördermittel für soziale Maßnahmen in städtebaulichen Erneuerungsgebieten (Vorlage 2020/0176)**

Da geht am Ende um eine Differenz von 4.000 Euro pro Jahr, die wir von städtischer Seite noch aufbringen müssten, zu den 6.000 Euro, die wir von Extern bekommen. Da würde ich doch fast Annahme empfehlen. Dann stellen wir das zur Abstimmung. - Das ist eine **deutliche Mehrheit**.

#### **Anträge 170 bis 180 (Seite 250): Karlsruher Pass (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., SPD)**

Dann geht es weiter. Wir sind immer noch auf der Seite 250 mit einer ganzen Reihe von Anträgen zum Karlsruher Pass. Wenn Sie damit einverstanden wären, würde ich die alle gemeinsam zur Diskussion stellen. Das hat mit verschiedenen Parametern zu tun. Da geht es einmal um Erhöhung der Einkommensgrenzen, um Umstieg auf das Fahrradticket, freier ÖPNV, allen Kindern Weihnachten ermöglichen, Zugang zu Literatur, Badevergnügen und Zoologischer Stadtgarten. Wir versuchen es trotzdem gemeinsam zu diskutieren, aber wir können auch mehrere Runden machen zu den einzelnen Anträgen. Dann fangen wir mal oben an.

#### **Antrag 170 (Seite 250): Karlsruher Pass: Fortentwicklung Karlsruher Pass: Erhöhung der Einkommensgrenzen um 10 Prozentpunkte zum 01.01.2021 (DIE LINKE.)**

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Ein ganz wichtiges soziales Instrument in dieser Stadt oder das wichtigste, und da sind wir uns alle einig, ist der Karlsruher Pass und Kinderpass, weil es ein absolutes Erfolgsmodell ist. Darauf fokussieren jetzt auch diese Anträge, um genau das zu vermeiden, was gestern oft in der Diskussion war: wo setzt man denn an, macht man Pauschalleistungen kostenfrei und für wen macht man sie kostenfrei? Diesmal geht es darum, dass insbesondere die Menschen noch mal unterstützt werden, die nicht nur wenig Geld

verdienen, sondern auch dadurch an der sozialen und kulturellen Teilhabe stärker unterstützt werden müssen. Deshalb haben wir heute diese Anträge gestellt.

Wir haben heute den Antrag 170 drauf, den wir **als erledigt erklären**, weil er in der Verwaltungsvorlage bereits berücksichtigt wurde mit der Ausweitung der Leistungsberechtigten.

Auf die anderen Anträge will ich gar nicht so im Detail eingehen. Es ist wichtig, an spezifischen Stellen, vor allem bei der kulturellen Teilhabe, weiteren Ausbau zu betreiben. Und ich glaube, als ganz großes Thema, das heute auch zu einer Mehrheit kommen wird im Gemeinderat, ist das Recht auf Mobilität, die Möglichkeit, dass Menschen mit Karlsruher Pass und Kinderpass bis 25 den ÖPNV kostenfrei nutzen können. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Signal, dass Kinder und Jugendliche den ÖPNV nutzen können, zur Schule kommen können, ihre Freizeit gestalten können. Das ist auch ein Erfolg des breiten Bündnisses, wo es viele Beteiligte gab, die dafür geworben haben. Damit gehen wir einen wichtigen und richtigen Schritt hin zum ticketfreien ÖPNV, gezielt für eine soziale Gruppe, also nicht pauschal, dort wo es am meisten hilft. Wo es nicht nur sozial hilft, sondern auch aus der ökologischen Perspektive heraus, weil wir uns auch erhoffen, dass damit der ÖPNV von dieser Gruppe noch viel stärker genutzt wird als bisher.

**Der Vorsitzende:** Ich würde jetzt erst mal alle Antragsteller aufrufen, denn wir haben ja alle zehn Anträge aufgerufen.

**Stadtrat Marvi (SPD):** Wir haben ja den Antrag gestellt für kostenfreien ÖPNV für Bezieherinnen und Bezieher von Karlsruher Pass und Kinderpass unter und bis einschließlich 25. Lebensjahr. Das entspricht ja auch der Forderung des Jugendbündnisses. Für uns ist es ganz wichtig, dass der Zugang zum ÖPNV für alle Kinder und junge Menschen gewährleistet ist als wichtiges Element der gesellschaftlichen Teilhabe einer Großstadt. Wir haben gestern ja auch an anderer Stelle über all diese Palette von wichtigen Dingen gesprochen: Sport, Freizeitmöglichkeiten. Das wird darüber gefördert, auch dann, wenn es sich die jungen Menschen und Kinder nicht leisten können oder wenn die Eltern entsprechend keine finanziellen Mittel dafür aufwenden können. Das wäre ein gutes Signal. Das ist kein Einstieg in den kostenlosen ÖPNV. Der wäre weder finanzierbar für alle Menschen, auch nicht für alle jungen Menschen. Es wäre auch nicht von den Kapazitäten des Karlsruher Verkehrsverbundes gegeben. Aber es ist punktuell eine gute sozialpolitische Maßnahme und so wollen wir es auch verstanden wissen.

**Antrag 174 (Seite 250): Karlsruher Pass: Freies ÖPNV-Ticket für Jugendliche unter 25 Jahren mit Karlsruher Pass (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

**Antrag 176 (Seite 250): Karlsruher Pass: Freies ÖPNV-Ticket für Kinder mit Karlsruher (Kinder)Pass (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

**Der Vorsitzende:** Jetzt haben wir noch Anträge der KAL/Die PARTEI zusammen mit der LINKE. Die sind aber, wie eingangs schon gesagt, **erledigt**. Dann können wir der Reihenfolge nach vorgehen.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Mit dem Karlsruher Pass und dem Karlsruher Kinderpass haben wir ein sehr gutes Instrument, um in dieser sozialen Stadt agieren zu können. Wir haben Vieles in den Karlsruher Pass schon reingepackt. Es ist z. B. schon so, dass Literatur in der Kin-

der- und Jugendbibliothek für Besitzer des Karlsruher Kinderpasses umsonst ist. Ansonsten kann man auch mit dem Karlsruher Pass in vielen Bereichen der Kultur und des Sports deutliche Ermäßigungen erreichen. Wichtig war für uns damals auch, dass diese Grauzone von bis 10 % eingebaut wird. Das haben wir ja beschlossen und das ist im Haushalt soweit eingestellt. Wir sehen ein hohes Niveau beim Karlsruher Kinderpass und Karlsruher Pass, wo wir jetzt glauben, in dieser Situation das so nehmen zu können.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Wir sind ganz zufrieden mit dem Karlsruher Pass, wie er jetzt ist. Wir sind in einer sehr schwierigen Finanzsituation. Wir haben gestern Morgen gesagt, da gibt es Leute, die denken, das Geld wächst auf den Bäumen. So ist es nicht. Das Geld kommt von fleißigen Mitarbeitern in den Unternehmen. Wir können dieses Geld nicht direkt nur wegschmeißen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir den Karlsruher Pass behalten, aber nicht all die neuen linken Ideen hier. Wir wollen keine Revolution via Hintertür.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Herrn Bimmerle von den LINKE. zu danken – jetzt nicht erschrecken – und zwar dafür, dass DIE LINKE. hier anders als die GRÜNEN und die SPD klar gesagt hat, woher das Geld für die ganzen von Ihnen geplanten Maßnahmen hätte kommen sollen. Wir können diesen Anträgen zwar nicht zustimmen, aber diese Ehrlichkeit, die wir bei GRÜNE und SPD vermissen, verdient bei aller Differenz in der Sache Anerkennung. Die beiden Letzteren machen sich mit ihren Anträgen ohne auskömmliche Gegenfinanzierung eines völlig verantwortungslosen Handelns schuldig, das die Stadt mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit in die Zwangsverwaltung des Regierungspräsidiums treibt. Dies mit der Folge, dass bei deren Eintritt die freiwilligen Leistungen der Stadt dann perdu sind und Sie den Bürgern, die besonderer städtischer Hilfe bedürfen, dann die brutale kalte Schulter zeigen. Dabei müsste unser Fokus darauf liegen, das Bestehende zu erhalten statt alles zu riskieren.

**Stadträtin Lorenz (FW | FÜR):** Es ist ähnlich wie mit den Kitas. Alles was kostenfrei ist, ist etwas, was wir uns auch alle wünschen. Aber man muss doch klarsehen, der ÖPNV fliegt uns gerade um die Ohren. Wir sind im zweiten absoluten Shutdown und wir wissen auch noch nicht, wie lange das noch geht. Der KVV kann sein Angebot zwar ein bisschen ausdünnen, aber er muss es aufrechterhalten. Wir können es nicht verantworten, in den wirtschaftlich schlechten Zeiten da noch etwas draufzusatteln. Ich glaube, wir müssen alle ganz froh sein, wenn wir diese Leistung, die wir bisher haben, in dem Maß weiterführen können und keine Kürzungen vornehmen müssen.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Wie schon gesagt, wir unterstützend die Anträge zum kostenlosen ÖPNV für die Kinderpassinhaber\*innen bis einschließlich 25 Jahren und das bedeutet für uns keinen Einstieg in den kostenlosen ÖPNV. Den halten wir, wie schon gesagt, auch nicht für richtig. Im Sommer noch fand unser Antrag, den kostenlosen ÖPNV für Sozialpassinhaber\*innen zu verlängern, keine Mehrheit. Auch wenn wir nicht abgestimmt haben, es war klar. Schön, dass sich dies geändert hat. Die unbedingte Möglichkeit zur Mobilität ist eine grundlegende Voraussetzung zur Teilhabe. Dem Antrag für kostenlosen ÖPNV für erwachsene Passinhaber\*innen über 26 Jahren stimmen wir nicht zu, auch den anderen Anträgen zum Karlsruher Pass nicht, weil wir der Meinung sind, da muss wirklich noch in Ruhe darüber beraten werden. Es ist einfach zu kurzfristig.

**Stadträtin Moser (SPD):** In Karlsruhe gibt es ganz viele spendenwillige Menschen und Organisationen. Gerade an Weihnachten erleben wir dies immer. Wir glauben, dass alle Kinder ein schönes Weihnachten bekommen können. Außerdem haben wir beim Karlsruher Pass ganz Vieles inklusiv. Wir haben im Gemeinderat 2016 das Äquivalenzprinzip beschlossen. Das haben die Fraktionen gemeinsam entwickelt. Daran halten wir fest.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Meine Fraktion, insbesondere die Karlsruher Liste, ist nicht zufrieden mit dem, wie im Moment der Karlsruher Pass dasteht. Herr Kollege Høyem, es geht nicht um linke Politik und Revolution und was Sie da permanent hier immer meinen, nennen zu müssen. Das ist doch absurd. Das ist doch wirklich Ideologie pur, die Sie hier uns allen, die auf der linken Seite des Hauses sitzen, jetzt vorwerfen. Das ist lächerlich.

Warum sind wir nicht zufrieden mit dem Karlsruher Pass? Es ist so, Herr Kollege Dr. Müller, wir hatten schon mal viel mehr im Karlsruher Pass. Dann wurde vor einigen Jahren kräftig rausgestrichen, unter anderem der kostenlose Besuch des Zoos. Daran möchte ich es auch festmachen. Das ist für meine Fraktion, für die Karlsruher Liste, total wichtig, dass dies wieder zurückkommt. Aber in der Vergangenheit haben ja alle Fraktionen das mitgetragen, dass es rausgenommen wird. Wir sehen es weiterhin als Notwendigkeit an. Allein auch schon vor dem Punkt, dass wir wissen, dass es für sehr viele alleinstehende ältere Personen wie ein kleiner Urlaub ist, hier umsonst in den Zoo zu gehen. Gerade für Personen, die es sich sonst nicht leisten können. Da sollte man noch mal ansetzen.

Ich unterstelle jedem hier im Haus, letztendlich auch mir selbst, dass wir gar nicht wissen, wie es den Menschen geht, die mit jedem Euro rechnen müssen. Wirklich mit jedem Euro, den wir vielleicht einfach en passant so ausgeben. Wir können uns da gar nicht reindenken. Es ist schon sehr hart, wenn wir hier sitzen und meinen, darüber abstimmen zu können, um den Gabentopf aufzumachen oder den Gabentopf zuzumachen für die Menschen in der Stadt, die es absolut notwendig haben. Von daher denke ich, es ist richtig, dass hier noch mal nachgebessert wird für den Karlsruher Pass.

Eine Replik, es gab sogar einmal eine Zeit, da ist der Karlsruher Pass abgeschafft worden. Meine Fraktion damals, die Stadträtin Döring, hat Jahr um Jahr dafür gekämpft, dass der Karlsruher Pass wiedereingerichtet wird. So ist nämlich die Geschichte hier aus dem Gremium.

Mir ist klar, wie heute die Abstimmungen ausgehen, aber ich möchte absolut an das Dezeranat und an die zuständigen Ämter appellieren, dass man da noch mal für den nächsten Haushalt oder für die nächsten ein oder zwei Jahre genau überlegt, was kann man denn noch verbessern. Ich denke, hier sollten doch Einige, die wieder alles ablehnen wollen, über ihren Schatten springen. Gerade, die Fraktionen, die das C in ihrem Namen haben. Da verstehe ich oft nicht, wie die überhaupt kommentieren und das vor ihrer Wählerschaft darlegen können, hier letztendlich unchristlich zu handeln.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte mal gerne zur Ehrenrettung der Verwaltung und des bisherigen Gemeinderats feststellen, dass wir vor gar nicht langer Zeit beschlossen haben, noch mal den Bezugskreis für den Karlsruher Pass deutlich auszudehnen. Dies in einem Bereich, der absolut freiwillig ist, und das vor allem auch hier vorgenommen wurde, ohne dass wirklich der Beweis erbracht wurde, dass es alle diese Familien unbedingt bräuchten. Und ich möchte

auch zur Ehrenrettung der bisherigen Vorgehensweise sagen, dass ich noch nicht jemanden getroffen habe, der gerne in den Zoo gehen würde und nicht in der Lage wäre, mit Karlsruher Pass diese Jahreskarte zu erwerben. Also, den Eindruck zu erwecken, dass wir hier große Teile der Bevölkerung davon abhalten aus Armutsgründen und diese nicht in den Zoo können, finde ich gerade angesichts der Preisgestaltung, die wir da beim Karlsruher Pass haben, nicht ganz nachvollziehbar. Das möchte ich hier deutlich sagen.

Man kann der Meinung sein, dass man den umsonst macht, das finde ich politisch völlig korrekt. Das will ich gar nicht infrage stellen. Aber ich habe bei dem ganzen Thema Armut manchmal den Eindruck, dass wir hier von betroffenen Gruppen reden, wo Sie Schwierigkeiten hätten, mir überhaupt drei in der Stadt zu nennen, die hier in der Lage wären, mir zu sagen, jawohl, ich würde da gerne regelmäßig hingehen, ich habe den Karlsruher Pass, aber ich kann mir nicht mal die zehn Euro im Jahr, bei denen wir im Moment liegen, leisten. Nur als Beispiel. Das betrifft andere Bereiche der Armutsbekämpfung auch.

Es macht sich immer gut, zu sagen, wir sind an der Stelle noch offener. Gesellschaftspolitisch sind wir, glaube ich, auch alle einer Meinung, aber – jetzt kommt der versöhnliche Teil – ich finde es sehr schön, dass wir eine Stimmung und eine Einstellung im Gemeinderat haben und in der ganzen Stadt, dass alle Menschen unabhängig ihres Einkommens, den Zugang zu Kultur, zu ÖPNV, zum Zoo und zu allen anderen öffentlichen Einrichtungen bekommen sollen. Genau das ist ja mit dem Karlsruher Pass auch versucht worden, entsprechend umzusetzen.

Jetzt gehen wir in die Antragsbearbeitung.

**Antrag 171 (Seite 250): Karlsruher Pass: Umstieg auf das Fahrrad fördern – Fahrradprämie bereitstellen (DIE LINKE.)**

Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 172 (Seite 250): Karlsruher Pass: Ticketfreier ÖPNV für Karlsruher Pass-Inhaber\*innen (DIE LINKE.)**

Da habe ich jetzt drei Stufen wahrgenommen. Der weitestgehende Antrag zu diesem ganzen Konglomerat ist der Antrag der LINKE., die kostenlose ÖPNV-Nutzung für alle Karlsruher Passinhaber\*innen. Das sehen Sie auch so. Dann stelle ich den zur Abstimmung. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 173 Seite 250): Karlsruher Pass: Freies ÖPNV-Ticket für Jugendliche unter 25 Jahren mit Karlsruher Pass (SPD)**

**Antrag 175 (Seite 250): Karlsruher Pass: Freies ÖPNV-Ticket für Kinder mit Karlsruher (Kinder)Pass (SPD)**

Die zweite Stufe ist sind Anträge der SPD, DIE LINKE., KAL/Die PARTEI, das freie ÖPNV-Ticket für Jugendliche unter 25 Jahren. Das geht nach meinem Verständnis über den Kinderpass hinaus, das wäre die dritte Stufe.

**Stadtrat Marvi (SPD):** Ich glaube, wir würden alle unter 25 und das 25. Jahr noch ausdrücklich inkludieren. Das wollte ich jetzt noch klarstellen.

**Der Vorsitzende:** Damit wäre das nächste, was ich hier zur Abstimmung stelle.

Dann bitte ich hier um Ihr Votum. - Das ist eine **Mehrheit**. Da müssen wir noch ausrechnen, was das kostet. Bei mir steht hier noch kein Betrag. Wir schätzen zwischen 300.000 und 350.000 Euro. Wobei das natürlich jetzt ein Thema ist, wo ich mir vorstellen könnte, dass auch mancher Studierende jetzt schaut, dass er sich einen Karlsruher Pass besorgt. Das öffnet noch mal manche Gruppen. Auf der anderen Seite gibt es hier auch zum Teil über den Studienbeitrag schon kostenlosen ÖPNV. Das weiß ich im Einzelfall nicht. Okay, es ist, wie es ist.

**Antrag 177 (Seite 250): Karlsruher Pass: Allen Kindern Weihnachten ermöglichen (DIE LINKE.)**

Ich bitte um Ihr Votum. – Das auch **mehrheitlich abgelehnt**.

**Antrag 178 (Seite 250): Karlsruher Pass: Zugang zu Literatur für alle schaffen (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

Ich bitte um Ihr Votum. – Auch **abgelehnt**.

**Antrag 179 (Seite 250): Karlsruher Pass: Badevergnügen darf nicht am Geldbeutel scheitern (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Auch das ist **abgelehnt**.

**Antrag 180 (Seite 250): Karlsruher Pass: Der Zoologische Stadtgarten ist für alle da (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Damit haben wir die ganzen Themen zum Karlsruher Pass hinter uns gebracht.

**Antrag 181 (Seite 250): Aids-Hilfe Karlsruhe e. V. - Erhöhung des Zuschusses (GRÜNE, SPD)**

Ich soll Ihnen, so haben wir es mittlerweile verstanden, mitteilen, dass das eine jährliche Erhöhung institutionell sein soll und nicht nur eine einmalige Erhöhung. Ich hoffe, das ist richtig.

**Stadtrat Riebel (GRÜNE):** Die AIDS-Hilfe leistet eine sehr gute Arbeit mittels Aufklärung zur Inklusion von HIV-positiven Menschen in unserer Gesellschaft. Ein besonders wichtiger Teil ihrer Arbeit ist aber die präventive Aufklärung zum Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten. Laut dem Robert-Koch-Institut ist 2019 die Rate der Neuinfektionen mit Syphilis in unserem Land sehr massiv gestiegen. Das Testangebot des Landratsamtes ist jetzt in der Krise geschlossen. Die AIDS-Hilfe bietet deshalb jetzt auch das Testangebot für Menschen mit Karlsruher Pass bzw. Kinderpass vergünstigt an. Diese Arbeit ist also derzeit umso wichtiger



denn je. Auch sollten wir uns das WHO-Ziel vor Augen halten, die Neuinfektionen mit HIV bis 2030 auf null zu senken. Dies funktioniert nur, wenn alle dazu ihren Beitrag leisten, auch wir als Stadt Karlsruhe. So sollte uns die finanzielle Ausstattung der AIDS-Hilfe wichtig sein und die volle Steigerung der Kosten bei den Personalkosten aufgefangen werden, um auch wirklich das wichtige Ziel der Nullinfektion bis 2030 zu erreichen. Daher beantragen wir die volle Erhöhung um 10.000 Euro, auch wenn dies über der Dynamisierungsrate liegt, da diese aus unserer Sicht nicht ausreicht. Daher wirklich nur in diesem einen speziellen Fall eine Ausnahme von der Dynamisierung. So bitte ich um Unterstützung des wichtigen Antrages.

**Der Vorsitzende:** Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir direkt in die Abstimmung gehen. Es geht um jährlich 10.000 Euro, nicht nur einmalig. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich angenommen**.

**Antrag 182 (Seite 250): Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Verwaltung des „Luise-Riegger-Hauses“ der AWO Karlsruhe (GRÜNE, DIE LINKE.)**

Das sind 2.500 Euro in 2021 und 700 Euro in 2022. Ich hoffe, das stimmt so. Ich würde gleich zur Abstimmung gehen.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Wir sind ja keine Antragsteller, aber ich wollte hier den Einstieg nutzen, um ein paar allgemeine Ausführungen auch von unserer Seite zu machen. Viele andere Fraktionen haben es ja bereits getan. Einzelnen werde ich dann auf Anträge nur eingehen, wenn es abweichend hierzu ist.

Für die SPD-Fraktion ist die soziale Stadt von hoher Bedeutung. Das haben wir auch bereits heute und gestern gezeigt. Dies auch in finanzpolitisch schwierigen Zeiten. Insgesamt möchte ich betonen, dass für uns ein wirklich großer Fortschritt die Dynamisierung ist, dass wir hier gemeinsam einen Weg gefunden haben, diesem Bemühen einer auskömmlichen Finanzierung der tätigen Träger nachzukommen. Darüber hinaus sehen wir, dass in manchen Bereichen dringender Bedarf ist. Deswegen haben wir einige interfraktionelle Anträge gestellt, auf die dann auch jeweils aus einer Fraktion eingegangen wird. Wir sehen, dass es durchaus, bei allen Schwierigkeiten, aktuell sozialpolitische Herausforderungen gibt, bei der auch teilweise eine Existenzsicherung aus unserer Sicht zumindest notwendig ist. Deswegen haben wir Anträge gestellt. Allerdings ist es uns aufgrund der schwierigen finanziellen Situation auch schwergefallen. Wir haben Anträge sehr viel kritischer geprüft als in vergangenen Jahren, in denen die finanziellen Spielräume größer waren, und sehen auch durchaus klare Grenzen für Ausweitungen. Daher hoffe ich, dass die Träger auch dafür Verständnis haben, dass wir sehr zurückhaltend waren, als SPD-Fraktion.

Wir wollten noch der Verwaltung Dank aussprechen, dass sie wirklich mit dieser Jugendhilfe- und Sozialklausur uns eine fachliche Einschätzung zu all den Anträgen, die die Träger eingebracht haben, im Vorfeld gegeben haben. Die hat für uns tatsächlich auch im Vorfeld eine sehr große Rolle gespielt. Deswegen würde ich Sie bitten, dies auch künftig so beizubehalten. Da haben wir wirklich einen großen Mehrwert gesehen. In sehr vielen Fällen haben wir uns darangehalten. Nicht immer, aber in sehr vielen Fällen. In einzelnen Fällen sind wir davon abgewichen. Grundsätzlich haben wir für uns entschieden, dass wir keine neuen Projekte fördern werden, auch wenn es tolle Ideen sind. Wir halten es im Krisenjahr nicht für angemessen. Bei anderen Punkten haben wir keine Anträge gestellt oder sind interfraktionell

nicht unter Anträgen mit drunter gegangen, weil sie in ein Gesamtkonzept eingebettet gehören. Das hat die Verwaltung auch jeweils so beschrieben, beispielsweise in laufende Bedarfs- und Angebotsanalysen, von denen wir teilweise gar nichts gewusst hätten, hätten wir diese ausführliche Vorberatung nicht gehabt. Von daher, noch mal herzlichen Dank. Ein Beispiel hierfür sind die Ausstiegsprogramme aus der Prostitution. Sicher sehr gute und sehr wichtige Ansätze. Aber das haben wir im Rahmen eines Gesamtkonzeptes gefordert, auf das wir uns jetzt bald freuen.

Bezogen auf den nächsten Antrag, den wir jetzt gleich abstimmen, OZ 182, möchte ich sagen, da sind wir durchaus davon überzeugt, dass die AWO hier für die Verwaltung des Hauses im Auftrag der Stadtverwaltung eine angemessene Entschädigung bekommen sollte. Wir wollen aber in keiner Weise, dass wir jetzt künftig jedes Jahr über diese winzigen Summen abstimmen müssen. Der Träger hat schon gesagt, im nächsten Jahr wird wieder eine kleine Anpassung notwendig sein. Hier sehen wir die Grenzen erreicht dessen, was so eine Haushaltsberatung leisten kann. Deswegen und nicht aus Überzeugung stimmen wir jetzt hier dagegen, sondern weil wir hier den Ball klar an die Verwaltung zurückspielen würden, künftig einfach das Geld in den Haushalt an der Stelle einzustellen, weil sie ja wollen, dass der Träger für sie dieses Haus verwaltet. Also, nicht, dass wir das nicht wollen, aber da sehen wir unsere Zuständigkeit nicht, denn sonst haben wir künftig nicht nur 200 Anträge, sondern 500, wenn wir über solche Anträge hier beraten müssen. Deswegen Ablehnung aus diesen Gründen.

**Der Vorsitzende:** Das war jetzt die einzige Wortmeldung. Dann gehen wir jetzt in die Antragsbearbeitung. Das ist der Antrag 182, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich will zu dem, was Sie gesagt haben, Frau Stadträtin, und zu manchem, was vorher auch schon gesagt wurde, vielleicht aus Sicht der Verwaltung etwas anfügen - vor allem wenn ich mir anschau, was jetzt noch als Zuschusserhöhung hier beantragt wird. Wir hatten seinerzeit bei der Haushaltsstabilisierung auch von den sozialen Einrichtungen entsprechende Einsparbeiträge abverlangt. Ich fand, das war grandios wie das gemeinsam auch mit denen umgesetzt wurde. Sie haben dennoch schon im letzten Doppelhaushalt begonnen, wieder bei verschiedenen Trägern ordentlich draufzusatteln. Wenn ich mir die Anträge hier so angucke, könnte das heute genauso weiterlaufen. Ich habe in den letzten Monaten immer gesagt, auch in meiner Rolle als OB-Kandidat, dass ich nicht vorhabe, Vorschläge zu machen, im Sozialbereich zu streichen. Wenn ich aber jetzt anschau, was hier draufgesattelt wird und auch schon draufgesattelt wurde in den zurückliegenden Stunden, kann ich diese Zusage dann nächstes Jahr nicht mehr einhalten. Sie manövrieren sich jetzt in eine Situation, dass Sie bei manchen, denen Sie hier Zuschüsse erhöhen, im nächsten Jahr entscheiden müssen, sie ihm wieder wegzunehmen.

Wir können nicht 170.000 oder 300.000 Euro in den Karlsruher Kinderpass packen und gleichzeitig noch alle Zuschüsse erhöhen. Dass das sozialpolitisch alles sinnvoll ist, ist völlig klar. Und dass Ihnen auch die Fachdiskussion mit unserem Dezernat das noch bestätigt, ist auch klar. Aber wir hätten ähnliche Diskussionen, wenn wir uns mit den Umweltverbänden an den Tisch setzen oder mit den Klimaschutzverbänden oder mit den Bauqualitätsexperten oder wenn wir da sonst noch immer hinzuziehen. Es ändert am Ende nichts daran, dass Sie auch zwischen Projekten, die alle fachpolitisch sinnvoll sind, eine Priorisierung durchhalten

müssen, was absolut nötig ist und was nicht absolut nötig ist. Wir haben im Sozialbereich sehr viele Doppel- und Dreifachstrukturen, was ich bisher politisch immer mitgetragen habe, weil ich sage, es muss ein Ratsuchender auch die Möglichkeit haben, zwischen verschiedenen Trägern der Beratungsangebote zu wählen. Rein theoretisch betrachtet, bräuchte man das nicht. Da werden wir nächstes Jahr in eine ganz heftige Diskussion gehen müssen, was ist das Mindestmaß, was wir aufrechterhalten müssen und was muss dann aber auch gestrichen werden, sonst halten wir diese Haushaltssituation in den nächsten Jahren nicht durch. Das will ich an dieser Stelle noch mal deutlich sagen.

Das bezieht sich auf alles, was jetzt noch kommt, aber natürlich auch teilweise auf das, was schon entschieden worden ist. Deswegen jammern Sie nächstes Jahr dann nicht rum, dass wir mit solchen Kürzungsvorschlägen kommen. Erklären Sie uns dann, wie Sie das trotz der ganzen finanziellen Situation trotzdem aufrechterhalten wollen.

**Antrag 183 (Seite 250): Finanzielle Förderung des Projekts „BIOS Youngsters“ (DIE LINKE.)**

Dazu gibt es keinen Wortbeitrag, dann stelle ich das gleich zur Abstimmung. – Das ist eine **Ablehnung**.

**Antrag 184 (Seite 250): Quartiersorientierter Ausbau des Caritas-Sozialdienstes (DIE LINKE.)**

Auch da können wir gleich in die Abstimmung gehen. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 185 (Seite 250): Diakonische Suchthilfe Mittelbaden gGmbH, Projekt „Regenbogen“ (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)**

Das ist ein einmaliger Zuschuss, wenn ich das richtig verstehe.

**Stadträtin Moser (SPD):** Eigentlich haben wir gedacht, dass es ein institutioneller Zuschuss ist über die nächsten Jahre. Angesichts der mahnenden Worte – ich schau mal zu den GRÜNEN. - Ja? Also jährlich. Das wichtige Projekt der Diakonischen Suchthilfe Mittelbaden arbeitet schon seit 25 Jahren mit Kindern und Jugendlichen aus suchtbelasteten Familien und ist der Projektphase meiner Meinung nach längst erwachsen. Es gibt vier Gruppen, jeweils für Mädchen und für Jungs getrennt. Das Angebot soll fortgeführt und stabilisiert werden. Eine Erweiterung der Elternarbeit ist vorgesehen und soll mit anderen Hilfebereichen vernetzt werden. Die Fraktionen SPD, Die GRÜNEN und DIE LINKE. unterstützen den Antrag des Trägers und bitten um Zustimmung.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen, dann kommen wir in die Abstimmung. Es geht jetzt um einen jährlichen Zuschuss, so habe ich das verstanden. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

(Zuruf **Stadträtin Mayer**)

Frau Mayer hat falsch gedrückt. Das nehmen wir für das Protokoll auf.

**Antrag 186 (Seite 250): Freundeskreis Asyl Karlsruhe e. V. – Erhöhung Zuschuss (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

**Antrag 187 (Seite 250): Freundeskreis Asyl Karlsruhe e. V. – Erhöhung Zuschuss (SPD)**

**Antrag 188 (Seite 250): Freundeskreis Asyl Karlsruhe e. V. – Streichung Zuschuss (AfD)**

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Wir ziehen unseren Antrag zurück.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Bei uns ist es auch die jährliche Erhöhung wegen des Defizits. Der Freundeskreis Asyl macht seit Jahrzehnten eine gute Arbeit direkt am Menschenrechtszentrum. Er hat ein Defizit in den letzten Jahren und um die Arbeit aufrecht zu erhalten, müsste das Defizit ausgeglichen werden. Wir bleiben bei unserem Antrag.

**Der Vorsitzende:** Jetzt gibt es keine Wortmeldungen mehr. Der weitestgehende Antrag ist der AfD-Antrag, nämlich den Zuschuss zu reduzieren oder zu kürzen, zu streichen. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Der Antrag 186 ist **zurückgezogen**.

Dann stelle ich zur Abstimmung den Antrag der SPD, allerdings mit der Ergänzung, dass es sich um eine jährliche Zuschusserhöhung um 5.000 Euro handelt. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 189 (Seite 250): Erhöhung Zuschuss Verein zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder e. V. (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

**Antrag 190 (Seite 250): Erhöhung Zuschuss Verein zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder e. V. (Verein zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder e. V.)**

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Nicht meine Lieblingszahl, aber eine, die ich in diesem Gremium schon mehrmals genannt habe: jede vierte Frau in Deutschland ist von Gewalt durch ihren Mann bzw. Exmann, durch ihren Partner bzw. Expartner betroffen und häufig sind auch Kinder involviert. Seit #MeToo wissen sehr viele oder trauen sich zum Glück sehr viele auch damit an die Öffentlichkeit, trauen sich endlich über ihre Erfahrungen zu sprechen und wissen, dass sie mit ihren Erfahrungen nicht allein sind.

Wir sind hier in einem strukturellen Problem, das die Gewalt gegen Frauen betrifft. Glücklicherweise, wenden sich diese Frauen immer mehr an die Beratungs- und Unterstützungsangebote. Vielleicht haben Sie ja auch in den letzten Wochen gerade rund um den 25. November, den Tag gegen Gewalt an Frauen, der international begangen wird, einige Kampagnen in der Stadt gesehen. Es gab auch über das Jahr verteilt immer wieder Plakataktionen, um das Bewusstsein zu steigern. Und es steigt auch, d. h. viele Frauen, viele Mädchen wenden sich an diese Stellen. Es wird auch auf dieses bundesweite Hilfstelefon hingewiesen, doch dieses bundesweite Hilfstelefon ist nur der erste Schritt. Danach unterstützt ein sehr engmaschiges, in Karlsruhe gut funktionierendes Netz an Akteurinnen vor Ort die Beratung, wenn auch in diesen Zeiten telefonisch und online, sowie die Unterbringung in den Frauenhäusern, sofern ein Platz vorhanden ist.

In Karlsruhe, wie gesagt, übernehmen diese Aufgaben sehr viele verschiedene Träger und diese sind teils angewiesen auf Spenden, auf ihre ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen und

auch angewiesen auf die Überstunden der Mitarbeite\*rinnen. Und wie Sie vielleicht wissen, gerade diese Beratung im sexualisierten Bereich braucht sehr viel Sensibilität, braucht Ruhe und die ist mit Überstunden und Druck teilweise nicht zu leisten oder nur schwer zu leisten. Der Schutz von Frauen und deren Kindern, die Beratung von Frauen und jungen Mädchen, denen Gewalt droht, die von Gewalt betroffen sind, die beispielsweise sexuelle Übergriffe erleben, die braucht einfach verlässliche professionelle Strukturen. Strukturen, die in jeder Situation handlungsfähig sind und in einer Struktur, die Arbeit der Mitarbeiter\*innen wertschätzen. Das tun wir, indem wir sie erstens ausreichend honorieren und nicht zweitens über die Kapazitätsgrenzen hinweg belasten. Je mehr betroffene Frauen sich also endlich trauen, Schutz zu suchen und Beratung zu nutzen, desto mehr Ressourcen benötigen diese Träger\*innen. Da sind der Bund und das Land ebenso gefragt wie die Kommunen. Doch heute reden wir über den kommunalen Haushalt. Deswegen unterstützen wir GRÜNEN die Anträge des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder und genauso auch die Anträge von Wildwasser. Gerade in Zeiten der sozialen Isolation, in Zeiten, in denen die Vorgabe lautet, zu Hause zu bleiben, möchte ich noch mal betonen, jede vierte Frau!

Das Zuhause ist leider nicht für alle von uns ein sicherer Ort.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Sehr geehrte Frau Fahringer ich bedanke mich für ihren emotionalen und ehrlichen Beitrag, denn es ist tatsächlich so, in Zeiten der Corona ist das Haus tatsächlich nicht mehr der sichere Ort. Wir sind eingesperrt und Frauen und Kinder leiden ganz besonders. Wie mein Kollege Kalmbach bereits zu Anfang des Sozialbeitrags gesagt hat, haben wir ganz spezielle Eingaben, Anträge, die wir unterstützen werden, weil wir die Schwächsten der Schwachen sehen. Auch wenn der Beitrag des Herrn Oberbürgermeisters eindringlich war, aber leider an der falschen Stelle - es hätte viel früher kommen müssen - wissen wir und machen uns Sorgen, ob dieser Haushalt tragfähig ist. Aber wir haben uns explizit in diesem Bereich des Frauen- und Kinderschutzes und auch in der Flüchtlingshilfe entschieden, etwas draufzusatteln, weil wir glauben, es ist an der richtigen Stelle und deshalb noch mal danke für diese Ausführungen, Frau Fahringer.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann bitte ich um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Annahme**.

**Antrag 191 (Seite 250): Wildwasser & Frauennotruf, Verein gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen e. V. (GRÜNE, SPD)**

**Antrag 192 (Seite 250): Wildwasser & Frauennotruf, Verein gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen e. V. (DIE LINKE.)**

**Antrag 193 (Seite 250): Wildwasser & Frauennotruf, Verein gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen e. V. (Verein gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen e. V.)**

Da gibt es unterschiedliche Beträge. Ich fange mit dem höheren Betrag an, das ist der mit den jährlichen Zuschusssteigerungen von 53.487 Euro. Der ergibt sich aus den Anträgen der GRÜNEN, der SPD und der LINKEN.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Vielleicht kurz vorneweg, die unterschiedlichen Beträge liegen daran, dass es auch unterschiedliche Anträge sind. Der letzte Punkt meint noch mal etwas anderes, einen zusätzlichen Mietkostenzuschuss. Das nur kurze Erläuterung, dass es nicht deckungsgleich ist.

Dank der sehr ausführlichen guten Begründung meiner Vorrednerin beim letzten Punkt, Frau Fahringer, kann ich es jetzt sehr kurz machen. Die Argumentation ist sehr ähnlich, gerade im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention steht auch dieser interfraktionelle Antrag. Wir sehen hier die gestiegene Nachfrage. Der Träger hat uns glaubhaft vermittelt, dass hier eine Ausweitung dringend geboten ist im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Wir, als Haus, haben eh entschieden, dass es für uns eigentlich eine Pflichtaufgabe darstellt, hier Beratungssuchenden zu helfen. Von daher steht die Überführung in den Transferhaushalt ja noch an, wenn das rechtlich in irgendeiner Weise möglich ist. In dem Rahmen möchten wir dann auch gerne weiteren Bedarf klären, deswegen werden wir dem zweiten Punkt jetzt so nicht zustimmen. Wir denken, dass dahinter der Wunsch steht, künftig auch gänzlich dynamisiert zu werden. Das können wir teilen, aber dafür jetzt nicht noch mal 5.000 Euro extra beantragen. Deswegen werden wir nur unserem Antrag heute zustimmen, aber sicher im Rahmen der weiteren Umsetzung Bedarfe diskutieren.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Wir haben immer schon Wildwasser unterstützt in ihrem Anliegen, in ihrer wichtigen Arbeit für diese unsere Stadt Karlsruhe. Wir möchten auch, dass dies weitergeht und sehen auch die Notwendigkeit einer Erweiterung. Wir werden aber nur für 2021 zustimmen. Ich bin der Überzeugung, dass es weitergehen muss, auch mit der Erhöhung, aber wie die Perspektive ist, wie hoch es alles sein kann in den nächsten Jahren, das würde ich gern auf den nächsten Doppelhaushalt verschieben, wenn wir da eine genaue Zahl wissen.

Man kann sicher davon ausgehen, dass wir da auch in dem Doppelhaushalt was machen müssen, leider was machen müssen. Das muss man sicher so betonen. Frau Fahringer hat es ja deutlich ausgeführt. Es wäre schön, wenn man den Bereich gar nicht bräuchte, aber so ist es nun mal nicht. Wir würden auf jeden Fall für 2021 zustimmen und dann natürlich auch in Aussicht stellen, dass es in den nächsten Jahren weitergeht. Aber in welcher Höhe bleibt offen. Herr Oberbürgermeister hat ja darauf hingewiesen, wie schwierig es in den nächsten Jahren werden wird und wie Priorisierungen stattfinden müssen. Aber dies gehört sicher dazu, dass es eine Priorisierung verdient.

**Der Vorsitzende:** Dann sind das die weitestgehenden Anträge mit jeweils jährlich einem Aufstocken von 53.487 Euro. Die stehen zunächst jetzt zur Abstimmung. - Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**. Damit hat sich der zweite Antrag mit einem einmaligen Zuschuss erübrigt.

Jetzt rufe ich noch auf den Antrag 193, einen separaten Mietkostenzuschuss. Sie hatten darauf hingewiesen, Frau Stadträtin, dass das noch mal separat zugewiesen werden soll, den Mietkostenzuschuss noch mal um 5.344 Euro zu erhöhen. Ich bitte darum Ihr Votum. - Das ist eine **Ablehnung**.

**Antrag 194 (Seite 250): Förderung des Projektes Schuldnerberatung für Senior\*innen (DIE LINKE.)**

Ich sehe keine Wortmeldungen, dann können wir das direkt zur Abstimmung bringen. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 195 (Seite 250): Erweiterter Förderantrag Bahnmissionsmission Karlsruhe (SPD)**

**Antrag 196 (Seite 250): Erweiterter Förderantrag Bahnmissionsmission Karlsruhe (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

Ich möchte noch mal ausdrücklich darauf hinweisen, dass das von der Sozialplanung nicht befürwortet wird, weil aus unserer Sicht zusätzliche Angebote unterhalten werden, die an anderer Stelle in der Stadt ausreichend vorhanden sind. Das bringt auch noch zusätzlich den Effekt mit, dass wir bestimmte Personengruppen an den Hauptbahnhof heranziehen, die anderswo in der Stadt eine gute Versorgung bekommen würden. Das birgt eben nicht nur die Gefahr von Doppelstrukturen, sondern auch das wir dann am Hauptbahnhof noch eine besondere Konzentration bekommen, was insgesamt dem sozialen Klima nicht immer so zuträglich ist. Nicht, weil ich etwas gegen diese Personen hätte, ganz im Gegenteil, sondern weil sie an der anderen Stelle auch besser integriert und versorgt werden könnten.

**Stadträtin Moser (SPD):** Die Bahnmissionsmission ist ein niedrig völlig Angebot. Wahrscheinlich kennt jeder hier ihre Arbeit. Eine der Aufgaben ist natürlich auch die Vernetzung mit anderen Stellen in der Stadt, wenn gestrandete Personen oder einsame Personen hinkommen, helfen sie mit Essen und Kleidung und vermitteln weiter. Das Aufgabengebiet ist immer weitergewachsen und deswegen sehen wir eine Erhöhung für angebracht und zwar dauerhaft, also jährlich.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ja, genau das sehen wir aufgrund ihres Appells, Herr Oberbürgermeister, eben nicht zu. Wir sehen jetzt bei Corona natürlich schon eine schwierige Situation, die da sicherlich auch noch ins nächste Jahr rein wirkt, deshalb würden wir auch wirklich als Unterstützung der Bahnmissionsmission, die wirklich auch, wie sie es auch gesagt haben, eine wichtige Arbeit leistet, für ein Jahr diesem Zuschuss zustimmen. Aber genau diese Problematik, die eben angesprochen wurde und immer wieder mehrfach angesprochen wurde, mit Angebotserweiterung und allem möglichen, sollten wir in den nächsten Doppelhaushalt nehmen. Damit es eine Würdigung ist für die Bahnmissionsmission, werden wir heute für ein Jahr zustimmen, aber nicht für dauerhaft, denn damit gehen wir wieder in neue Verbindlichkeiten ein.

**Der Vorsitzende:** Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Dann würde ich jetzt den Antrag der SPD dahingehend erweitern, dass es eine jährliche Zuschusssteigerung werden soll. So hatte ich Sie verstanden, Frau Stadträtin Moser. Den würde ich jetzt zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann habe ich den Antrag so verstanden, dass wir jetzt auch noch über einen einmaligen Zuschuss über 11.000 Euro nur im Jahr 2021 entscheiden. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. - Das ist eine **deutliche Mehrheit**.

**Antrag 197 (Seite 250): Badischer Landesverein für Innere Mission, Café Relax (SPD)**

**Stadträtin Moser (SPD):** Aufgrund unseres Zeitmangels, verzichte ich.

**Der Vorsitzende:** Auf den Redebeitrag oder auf den Antrag?

**Stadträtin Moser (SPD):** Auf den Redebeitrag.

**Der Vorsitzende:** Alles klar, dann können wir es direkt zur Abstimmung stellen. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 198 (Seite 250): Caritasverband Karlsruhe e. V., Kurzzeitpflege (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., FW|FÜR)**

Hier steht bei mir jetzt einmalig 85.000 Euro. Das will ich aber noch mal kurz klären, ob das auch so verstanden wird, weil wir ja hier öfters Interpretationsprobleme hatten. Das wird bestätigt, also einmalig

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Ja, zum Zuschuss, einmalig bitte, denn wir warten ja noch auf das Konzept vom Sozialbürgermeister. Ich freue mich heute persönlich über die übergroße Mehrheit, die diesen Antrag gestellt hat und über die übrigen Fraktionen, die heute zustimmen werden. Ich freue mich auch für die Menschen und Angehörigen, dass sie auch für 2021 die Möglichkeit haben Kurzzeitpflegeplätze zu buchen. Gleichzeitig ergeht aber auch an die Stadtverwaltung die dringende Bitte, Maßnahmen zu entwickeln, die die Träger von Pflegeheimen handlungsfähig machen in Bezug auf die Einrichtung von weiteren Kurzzeitpflegeplätzen. Wie gesagt, diese Summe nur für ein Jahr.

**Der Vorsitzende:** Gibt es weitere Wortmeldungen? Nein, dann handelt es sich nur um einen einmaligen Zuschuss verbunden mit der Forderung hier noch eine weitergehende Konzeption vorzulegen, so habe ich das jetzt verstanden. Da bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 199 (Seite 250): Migrationszentrum, Beratungsstelle - Ausgaben streichen (AfD)**

**Stadtrat Zeh (SPD):** Nur mal ein persönlicher Zwischenruf an die AfD-Karlsruhe Mitglieder. Sie machen sofort, wenn irgendwo das Wort Migration, Asyl, Ausländer, Migranten, Flüchtlinge sofort ihre Hand zu, Streichanträge, Streichanträge, Streichanträge. Dann wundern Sie sich wieder andererseits, dass Sie ausländerfeindlich genannt werden. Aber genau das ist bei mir die Reaktion. Jawohl, Sie sind ausländerfeindlich. Sie beweisen es ja selbst. Sie lehnen Hilfen ab, egal ob Kirchen sich da engagieren oder was anderes. Bitte überdenken Sie doch mal Ihre persönliche Position.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich habe ja in meiner Haushaltsrede bereits ausgeführt, dass wir ein Problem damit haben, dass die Empfänger dieser Leistungen durch ihre Herkunft definiert sind. Deswegen lehnen wir das ab.

**Der Vorsitzende:** Damit bitte ich um Ihr Votum - **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 200 (Seite 250): Traumatisierte Migranten - Betriebskostenzuschuss streichen (AfD)**

Ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **Ablehnung**.

**Antrag 201 (Seite 250): Hilfen für Flüchtlinge und Ausländer reduzieren (AfD)**



**Stadträtin Fenrich (AfD):** Ich wollte eigentlich nur dazu sagen, es ist falsch, wenn immer behauptet wird, dass wir etwas dagegen hätten, wenn es um Ausländer geht. Was für uns...

(Zurufe)

- lassen Sie es mich doch einfach erklären, worum es uns geht –

.. die Frage ist, bringt es was? Es werden so viele Dinge angeboten von verschiedenen Organisationen, z. B. Sprachkurse. Ich nehme dieses Beispiel jetzt ganz bewusst heraus, weil ich Ihnen sagen will, da hat zum Beispiel das Mannheimer Goethe-Institut, was Sprachkurse für Geflüchtete angeht, festgestellt, und das war Ende letzten Jahres, dass diese Kurse, die angeboten werden, in den wenigsten Fällen zum Ziel führen. Bei 62 Prozent erreichen Geflüchtete dieses Sprachniveau nicht. Da kann doch keiner von Ihnen sagen, das ist alles egal, wir bieten das an, wir schmeißen Steuergelder aus. Bei uns geht es darum, wird es sinnvoll eingesetzt, denn es wird einfach nicht evaluiert. Es wird einfach gesagt, ja, schmeißen wir raus, können wir uns leisten. Nein, wir können es nicht, wir müssen jeden Antrag im Prinzip evaluieren. Bitte denken Sie einmal darüber nach.

**Stadträtin Großmann (GRÜNE):** Ich möchte jetzt ganz kurz darauf eingehen, wenn es um diese Sprachkurse geht, es ist mittlerweile bekannt und es wird es auch darüber nachgedacht, diese zu verändern, weil selbst viele von uns diesen Sprachtest nicht bestehen würden.

**Der Vorsitzende:** Wir sind uns aber einig, dass man die Sprache ohne Kurs vermutlich noch schlechter erlernt.

Dann bitte um Ihr Votum. - Das ist **mehrheitlich abgelehnt.**

#### **Antrag 202 (Seite 250): Wohnraumakquise (AfD)**

Da gab es einen Zuruf wegen Befangenheit, sagt mir gerade Herr Dollinger. Herr Stadtrat Schmidt, erläutern Sie uns das?

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich glaube nicht, dass Leute, die direkt von der Wohnraumakquise profitieren, hier an der Debatte teilnehmen sollten.

**Der Vorsitzende:** Also, ich rufe alle auf, damit wir hier kein Stress haben, wer sich hier für befangen erklärt, der sollte es jetzt tun. Ansonsten steige ich jetzt in die Abstimmung ein.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir haben ja nur begrenzte Zeit hier, aber genau das ist das Problem, sonst würden wir an viel mehr Stellen reden. Ich weiß, dass es auf Unverständnis stößt, aber es ist halt so, die Wohnraumakquise ist ja für Menschen, die Wohnraum haben, der in einem weniger guten Zustand ist, sehr bequem. Sie geben diesen an die Stadt weiter und die Stadt kümmert sich darum. Das ist für die, die das nutzen können über die Stadt, natürlich sehr gut, aber das Problem dabei ist, dass dadurch niedrigpreisige Wohnungen dem Markt entzogen werden. Das wären nämlich Wohnungen mit niedrigem Standard. Die würden für eine geringe Miete vermietet werden. Durch das Eingreifen der Stadt, werden

diese Wohnungen dem Markt entzogen. Wir möchten einfach nur darauf hinweisen, dass dieser Aspekt auch zu berücksichtigen ist.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Trotz aller Zeitknappheit versuche ich es Ihnen nochmals zu erklären. Wir führen hier Wohnungen den Ärmsten in unserer Stadt zu.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung. - Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte zur **Seite 250** noch mitteilen, dass wir hier die Miete der Altentagesstätte im Rahmen einer internen Leistungsverrechnung noch mal summenneutral angepasst haben.

Dann gehen wir gemeinsam auf die **Seite 254**.

**Antrag 203 (Seite 254): Einrichtung einer weiteren Sozialhelfer\*innenstelle (50 %) beim Tagestreff TÜR (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

Gibt es da eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, dann können wir gleich in die Abstimmung gehen. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 204 (Seite 254): AWO Karlsruhe, Suchtberatung „get IN (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)**

Hier geht es um einmalig 20.000 Euro. Ich hoffe, das stimmt so?

**Stadträtin Moser (SPD):** Wir würden das gerne dauerhaft haben. Aufgrund der Kürze unserer Redezeit, mache ich es auch ganz kurz. Das get IN ist eine Anlauf- und Kontaktstelle und Bestandteil des integrierten Gesamtkonzeptes. Ab Dezember wurde das get IN um den Drogenkonsumraum erweitert. Es ist eingebunden in das kommunale Suchthilfenetzwerk. Aufgrund fehlender Dynamisierung und Kostensteigerungen steigt der Anteil der AWO ständig. Deswegen bitten wir um eine Erhöhung um 20.000 Euro. Ich spreche interfraktionell.

**Der Vorsitzende:** Dann geht es um eine jährliche Zuschusssteigerung und 20.000 Euro institutionell und fortlaufend. Ich bitte jetzt um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 205 (Seite 254): Diakonisches Werk Karlsruhe, Zentrum für seelische Gesundheit – Wochenendöffnung (GRÜNE, SPD)**

Ich soll hier darauf hinweisen, dass es sich auch um einen jährlichen Zuschuss handelt.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Kurz für die Antragsteller, hier besteht eine große Lücke, an der weder Tagesstruktur noch Kontakte möglich sind, nämlich am Wochenende. Deswegen wollen wir diese Ausweitung jährlich. Sie ist sinnhaft und wurde auch in der Klausur befürwortet.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. - Das ist damit **angenommen**.

Auf der **Seite 254** wird über die erste Veränderungsliste auch noch ein Mehrertrag beim Soziallastenausgleich eingefügt. Darauf weiß ich Sie hin.

Wir kommen auf die **Seite 260**.

**Antrag 206 (Seite 260): Mehr Kurzzeitpflegeplätze für Kinder mit Behinderungen und/oder chronischen Krankheiten (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.).**

Kein Redebeitrag, dann bitte ich jetzt um die Abstimmung. - Das ist damit **abgelehnt**.

Ebenfalls auf der Seite 260 haben wir über die erste Veränderungsliste eine Abschlagszahlung Bundesteilhabegesetz eingepflegt von 1,7 bzw. 1,5 Millionen Euro.

Wir gehen damit auf die **Seite 262**.

**Antrag 207 (Seite 262): Projektmittel Schulsozialarbeit (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

Es geht darum, die Projektmittel für Schulsozialarbeit um jeweils 4000 € zu erhöhen. Es gibt keinen Redebeitrag, dann können wir hier gleich die Abstimmung gehen. Ich bitte um Ihr Votum. - Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

**Antrag 208 (Seite 262): Lobin e. V., Kulturküche (GRÜNE)**

**Antrag 209 (Seite 262): Lobin e. V., Kulturküche (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Bereits bei den letzten Haushaltsberatungen wurde über den Antrag für eine Anschubfinanzierung beraten. Damals ist der Gemeinderat leider nicht unserem Antrag gefolgt. Aber mit großem Engagement und Geschick bei der Spendeneinwerbung ist es dem Verein Lobin gelungen, die Kulturküche selbst auf die Beine zu stellen. Das Projekt Kulturküche will Menschen miteinander verbinden und einen Begegnungsort für Karlsruhe und Karlsruherinnen schaffen. Die Kulturküche hat sich mittlerweile zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Karlsruhe liebt seine Kulturküche und viele Organisationen wollen sich an dem Projekt beteiligen. Dieser Erfolg ist mittlerweile fast ein Problem, da das Team derzeit völlig überlastet ist. Der gastronomische Bereich trägt sich und hat bisher den kulturell-pädagogischen Bereich mitgetragen. Um die aktuellen Aufgaben weiterführen zu können, braucht Kulturküche eine Personalstelle. Die anstehenden Aufgaben sind vielfältig und von hohem Nutzen für die Stadtgesellschaft. Ich nenne nur einige: Koordination von Ehrenamtlichen, die eine Tagesstruktur benötigen, einsam sind oder Sprachen lernen wollen oder auch die Integration auf dem Arbeitsmarkt von Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt Probleme haben. Auch was die Akquisition von Drittmitteln anbetrifft, ist die Kulturküche sehr erfolgreich. Bereits ca. 800.000 Euro wurden für Karlsruhe eingeworben. Geben wir diesem Erfolgsmodell den Atem, den es braucht, damit sich die ehrenamtlichen Mitstreiter\*innen nicht total aufreiben, denn Ehrenamt braucht das Hauptamt.

**Stadtrat Huber (SPD):** Mein Vorredner hat alles Wichtige und Lobenswerte über die Kulturküche schon gesagt. Wir würden hier auch unsere Linie verlassen und einer neuen institutionalisierten Förderung zustimmen. Allerdings werden wir dem Antrag der GRÜNEN folgen mit dem Beitrag von 20.000 Euro pro Jahr.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Herr Oberbürgermeister, wir ziehen dann unseren Antrag zurück.

**Der Vorsitzende:** Dann ist der Antrag 209 zurückgezogen.

Es verbleibt der Antrag 208 der GRÜNEN, einen jährlichen Zuschuss von 20.000 Euro. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 210 (Seite 262): Lobin e. V., Erhöhung des Zuschusses für inklusive Ferienbetreuung für schwerstmehrfach behinderte Kinder (GRÜNE)**

**Antrag 211 (Seite 262): Lobin e. V., Erhöhung des Zuschusses für inklusive Ferienbetreuung für schwerstmehrfach behinderte Kinder (SPD)**

**Antrag 212 (Seite 262): Lobin e. V., Erhöhung des Zuschusses für inklusive Ferienbetreuung für schwerstmehrfach behinderte Kinder (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

Da geht es in einem Antrag um 18.000 Euro, in anderen Anträgen um 15.000 Euro. Frau Stadträtin Melchien schüttelt den Kopf.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Das ist ein Fehler bei uns. Es sind auch 15.000 Euro.

**Der Vorsitzende:** Okay. Es geht um einen jährlichen Zuschuss, gehe ich davon aus? Da nicken Sie alle wieder. So ist das.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Es geht uns auch wieder darum, dass wir alles Weitere im nächsten Doppelhaushalt beraten und diskutieren sollten. Wir würden einmalig zustimmen beim SPD-Antrag, aber eben nur einmal.

**Der Vorsitzende:** Dann lege ich zunächst zur Abstimmung vor, den Antrag auf eine jährliche institutionelle Erhöhung um 15.000 Euro fortlaufend und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit**.

Damit hat sich der andere Antrag **erledigt**.

**Antrag 213 (Seite 262): “My City – My Place” in den Haushalt einstellen (DIE LINKE.)**

Der Antrag der LINKEN ist identisch mit dem, was wir in der entsprechenden Gemeinderatsvorlage mit Finanzierungsvorbehalt Nummer 13 ausgeführt haben und was auch mit der Einrichtung einer halben Stelle verbunden ist. Redebeiträge haben wir nicht, dann stelle ich den Antrag der LINKEN hier zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Annahme**.

**Antrag 214 (Seite 262): Stellen bei der Antidiskriminierungsstelle erhöhen (DIE LINKE.)**

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Ich glaube, die Antidiskriminierungsstelle, da sind wir uns alle einig, leistet eine enorm wichtige Arbeit. Ich glaube, die Nachfrage nach Betreuung und Unterstützung durch die Antidiskriminierungsstelle ist leider tatsächlich gesellschaftlich nicht weniger notwendig geworden, sondern ist weiter konstant hoch. Wir erleben das Thema Diskriminierung im Alltag. Wir würden aber unseren Antrag modifizieren. Wir hatten ja eine

Personalstelle drinstehen, aber damit wir wissen, über was für eine Höhe wir sprechen, würden wir einen Antrag auf 40.000 Euro Zuschuss stellen.

**Der Vorsitzende:** Also, der Antrag ist modifiziert. Statt einfach Stellen zu erhöhen, soll es einen zusätzlichen Zuschuss von 40.000 Euro geben. Ich kann das dann hier zur Abstimmung stellen und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 215 (Seite 262): Diakonisches Werk, Waldheim (GRÜNE)**

Es geht um eine jährliche Zuschusserhöhung um 1.000 Euro. Ich sehe jetzt keine Wortmeldungen, dann können wir direkt in die Abstimmung gehen – das wird **mehrheitlich angenommen**.

Wir haben noch zwei Anträge auf der Seite, dann machen wir die Pause.

**Antrag 216 (Seite 262): Beschulung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern – Ausgaben reduzieren (AfD)**

**Stadtrat Schnell (AfD):** Entschuldigung, habe ich mich jetzt gerade vertan? Ich wollte zum Antrag 217 sprechen. Aufgrund der Antwort der Verwaltung, ziehen wir den zurück.

**Der Vorsitzende:** Dann hat sich vielleicht die Wortmeldung erübrigt?

**Stadtrat Müller (CDU):** Nur eine grundsätzliche Anmerkung zu den beiden Anträgen, 216 und 217 aber auch zu den zurückliegenden Anträgen ab 199 ff der AfD. Es ist die Stoßrichtung und die Zielrichtung eigentlich relativ klar einer rechtspopulistischen Partei, deren Vertreter hier im Gemeinderat sitzen. Die Anträge als solche – ich sage es relativ krass – sind erbärmlich in ihrer Ausgestaltung und dürfen eigentlich keinerlei Berücksichtigung finden.

**Der Vorsitzende:** Ich finde den Begriff „erbärmlich“ kritisch, das sage ich an der Stelle.

Ich rufe auf damit Antrag 216 und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 217 (Seite 262): Unterhaltsvorschussleistungen – Ausgaben reduzieren (AfD)**

Der Antrag ist **zurückgezogen** und hat sich damit erledigt.

Damit treten wir in unsere Pause ein und sehen uns in 15 Minuten wieder, um zehn nach elf.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:48 Uhr bis 11:10 Uhr)

**Antrag 218 (Seite 266): Zuschusserhöhung Startpunkt-Projekte – AWO Karlsruhe e. V. (DIE LINKE.)**

Es geht um eine einmalige Zuschusserhöhung von 9.000 Euro. Es gibt keinen Redebeitrag und wir kommen direkt zur Abstimmung. Da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 219 (Seite 266): Personalkostenzuschuss Kinderschutzbund e. V. (AfD)**

**Antrag 220 (Seite 266): Zuschuss zur Angebotsausweitung Kinderschutzbund e. V. (SPD, DIE LINKE.)**

Es geht beim Antrag der AfD um die Erhöhung der Personalkosten um jährlich 32.500 Euro.

Bei DIE LINKE. geht es um einen jährlichen Zuschuss von 15.000 Euro für Workshops und Vorträge und beim Antrag der SPD geht es um die Kleiderkammer mit 10.500 Euro jährlich. Das sind drei Anträge. Gibt es Wortmeldungen? Dann würde ich die der Reihenfolge nach so zur Abstimmung stellen.

Zuerst der Antrag mit der OZ 219 jährlich 32.500 Euro, da bitte ich Sie um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich den Antrag der LINKE. auf, das sind jährlich 15.000 Euro für Workshops und Vorträge und bitte jetzt um Ihr Votum. – Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Die Abstimmung wird wiederholt und ich rufe den Antrag der LINKE. noch einmal auf, da geht es um 15.000 Euro und den Kinderschutzbund, Vorträge und so weiter und ich bitte jetzt um Ihr Votum.

(Zuruf: Jetzt hat Herr Hofmann nicht abgestimmt!)

**Der Vorsitzende:** Ja, der hat vorher auch schon nicht abgestimmt. Ist jetzt irgendjemand hier, der falsch wiedergegeben wird. Herr Stadtrat Cramer? Sie haben abgestimmt und doch nicht abgestimmt? Also, ich würde Sie jetzt wirklich bitten, das können wir ja nicht beliebig machen, bis es stimmt. Jetzt kommt die letzte Chance, und die Abstimmung gilt ab jetzt. – Das ist eine **knappe Ablehnung**.

Wir kommen zum SPD-Antrag geht um jährlich 10.500 Euro für die Kleiderkammer, wenn ich das richtig verstanden habe. Da bitte ich jetzt um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich angenommen**.

Jetzt hatte mir die Kämmerei den Vorschlag gemacht -Sie brauchen noch ein bisschen- wir werden jetzt einfach ganz kurz eine aktuelle Übersicht über die von Ihnen schon freigegebenen zusätzlichen Mittel an die Wand werfen. Vielleicht stimmt Sie das mit dem Verwaltungsvorschlag etwas versöhnlicher. Er hat Angst, dass ich es gleich konfisziere, wenn ich gleich die Zahlen sehe. Sie sehen, dass Sie jetzt schon mal so für das nächste Jahr 5,37 Millionen Euro aufgesattelt haben. Den großen Sprung auf 22 Millionen Euro verstehe ich noch nicht ganz, aber das können wir sicher erläutern – Verpflichtungsermächtigungen? Das hatten wir besprochen, alles klar. Da geht es um die Halle und die 15 Millionen, wobei wir eigentlich im Vergleich zum Verwaltungsvorschlag, ach, da hatten wir das noch gar nicht drin. Alles klar, ok. Dann bitte ich Sie vor allem auf die 5,37 Millionen Euro zu schauen und über Ihr Tun beeindruckt zu sein.

**Antrag 221 (Seite 266): Zuschusserhöhung Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatung Karlsruhe e. V. (GRÜNE, SPD)**

**Antrag 222 (Seite 266): Zuschusserhöhung Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatung Karlsruhe e. V. (FDP)**

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Weihnachten, Stress, Corona und jetzt auch noch die Ausgangsbeschränkungen, da knirscht es in manchen Partnerschaften und manchmal braucht es in den Familien das Ganze auch gar nicht, da knirscht es auch schon so. Dieses Knirschen braucht dann einen Blick von außen. Die Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatung bietet das seit vielen Jahren an, und zwar als einzige Trägerin professionelle Partnerschaftsberatung. Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal ist die muttersprachliche Beratung und zwar nicht nur in Deutsch, sondern auch in Englisch, französisch, russisch, spanisch, türkisch und auch in der Gebärdensprache. Das gut ausgebildete Personal wurde jetzt 2015 und 2016 fest angestellt, das begrüßen wir, die antragstellenden Fraktionen sehr. Die Tarifierhöhungen und die seit 2017 nicht mehr steigenden städtischen Zuschüsse haben hier ein Defizit hervorgerufen. Das ist nicht mehr ausreichend, um mit dem Zuschuss vonseiten der Stadt die Kosten zu tragen. Deswegen schließen wir uns dem Antrag der Trägerin an. Wir bitten Sie uns zu unterstützen, wir sehen den Bedarf und ich bedanke mich jetzt schon.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Auch wir sehen hier in diesem Bereich einen deutlichen Bedarf und die Notwendigkeit im Haushalt 2020/21 einer Erhöhung zuzustimmen. Wie es dann weitergeht, in welcher Höhe und in welcher Art, das muss man dann im nächsten Doppelhaushalt sehen. Die Zahl von fünf Millionen Euro hat mich beeindruckt, Herr Oberbürgermeister. Deswegen werden wir dem einmaligen Zuschuss zustimmen und dann schauen, wie wir in dem nächsten Doppelhaushalt weitere Unterstützung geben können.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Zur OZ 222: Der Lockdown erschwert die wertvolle Arbeit der Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatung im hohen Maß. Die Hilfe musste vermehrt umgestellt werden, um dem Besucher jeweils gerecht zu werden. Die Beratungseinrichtung verzeichnet von daher ein höheres durch Corona bedingtes Defizit. Ich betone extra Corona bedingt. Deshalb beantragen wir eine moderate Zuschusserhöhung von 5.000 Euro für 2021.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortbeiträge. Ich darf Ihnen noch mitteilen, dass uns die Antragsteller noch darauf hingewiesen haben, dass sie eine jährliche Zuschusserhöhung vorschlagen, insofern ist das der weitgehendste Antrag und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung. Ich rede über 2021 die Summe von 43.466 Euro jährlich und institutionell. Dann käme ich, falls der Antrag abgelehnt wird, zu der anderen Variante. Ich bitte jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit**.

Damit hat sich auch der FDP-Antrag **erledigt**.

**Antrag 223 (Seite 266): Zuschusserhöhung Intensivhilfe Sozialdienst kath. Frauen e. V. (GRÜNE, SPD)**

**Antrag 224 (Seite 266): Zuschusserhöhung Intensivhilfe Sozialdienst kath. Frauen e. V. (AfD)**

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Die Intensivhilfen des Sozialdienstes katholischer Frauen bieten Beratungen für Mädchen, junge Frauen, Alleinerziehende und Familien an und das schon

seit zwanzig Jahren. Wie wichtig das ist, und in welchen Situationen das besonders wichtig ist, habe ich heute schon mehrfach dargelegt. Neben den familiären und persönlichen Schwierigkeiten, steht der Verein auch bei sozialrechtlichen Seiten zur Frage. Deswegen ist aus Sicht, der antragstellenden Fraktionen, dieses Angebot einfach unverzichtbar für unsere Kommune. Auch hier steigen die Beratungszahlen, demzufolge steigen auch die Ausgaben in den letzten Jahren kontinuierlich an. Wir sind aktuell bei einem Defizit von ungefähr 140.000 Euro und wir beantragen deshalb die Anpassung der städtischen Zuschüsse.

**Der Vorsitzende:** Ich darf noch darauf hinweisen, dass es sich um jährliche Zuschusserhöhungen handelt, die Sie beantragen.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Es ist eine wichtige Einrichtung, es muss viel getan werden aber was ich vorhin schon gesagt habe, es bleibt bei uns für 2021.

**Der Vorsitzende:** Weitere Wortmeldungen habe ich jetzt nicht, dann stelle ich den weitergehenden Antrag zuerst zur Abstimmung, das ist der GRÜNE/SPD-Antrag mit einer jährlichen Zuschusserhöhung um etwa 38.000 Euro und bitte Sie um Ihr Votum. – das ist eine **Mehrheit**.

Dann hat sich der AfD-Antrag **erledigt**.

**Antrag 225 (Seite 266): Einrichtung Personalstelle LSBTTIQ-Beratung Pro Familia (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

Da geht es um 17.002 Euro für die Einrichtung einer Personalstelle bei der LSBTTIQ-Beratung bei Pro Familia. Ich nehme an, dass dann auch jährlich zu verstehen ist, denn sonst macht es keinen Sinn.

**Stadtrat Riebel (GRÜNE):** Das wäre dann auch wieder jährlich zu verstehen. Die Pro Familia ist derzeit die einzige Anbieterin einer solchen Beratung im Raum Karlsruhe, für junge LSBTTIQ-Menschen im Regelfall bis 27 Jahre. Da die Landesförderung über das Netzwerk LSBTTIQ pro Baden-Württemberg ausläuft, würde ohne städtische Förderung ein wichtiges Beratungsangebot für diese junge Menschen wegfallen. Es geht hier also nicht um die Schaffung eines neuen Projektes, sondern darum zu verhindern, dass ein bereits etabliertes Angebot wegfällt. Wenn das Konzept Vielfalt@KA steht, soll es gerne dort mit eingebunden werden. Doch das Angebot muss jetzt weiter erhalten bleiben, denn gerade auch bei jungen Transmenschen ergeben sich vielfältige Probleme, die auch heute schon einer professionellen Begleitung bedürfen. Vor dieser Tatsache dürfen wir die Augen nicht verschließen. Deshalb haben wir GRÜNEN diesen Antrag gemeinsam mit der SPD, den LINKEN und KAL/Die PARTEI gestellt und bitten um Unterstützung.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.



**Antrag 226 (Seite 266): Zuschusserhöhung Eltern-Kind-Café und inklusive Mädchengruppe IN VIA e. V. (GRÜNE, DIE LINKE.)**

Hier steht 14.000 Euro, da muss ich erst mal schauen, ob das auch wieder jährlich sein soll. Das ist nur einmalig, in Ordnung. Ich sehe keine Wortmeldungen dann können wir direkt in die Abstimmung gehen. Ich bitte Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 227 (Seite 266): Zuschusserhöhung Kontaktstelle „Faire Pflege“ IN VIA kath. Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit e. V. (GRÜNE, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Dieser Antrag ist überfällig, den hätten wir schon längst stellen müssen. Wir sind froh, dass wir ihn jetzt stellen, es ist überfällig hier aktiv zu werden, denn es geht um kein geringes Problem. Es geht geschätzt um 1.500 bis 2.000 Frauen in Karlsruhe ohne die, die Pflege und Versorgung in Karlsruhe schlicht zusammenbrechen würde. Das muss man mal ganz realistisch sehen. Diese Frauen aus Ost-Europa sind aber zu einem großen Teil ungeschützt. Sie kennen ihre Rechte nicht und kennen sich in Deutschland oft nicht aus, sind oft sehr einsam, weil sie die deutsche Sprache am Anfang häufig nicht sprechen. Es ist auch gravierend, dass sie teilweise keine Gesundheitsversorgung haben und ungeschützt gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch sind. Dies alles erinnert an die schlimme Situation der Dienstmädchen vom Land, in Deutschland vor einhundert bis einhundertfünfzig Jahren. Diese Gruppe haben wir in Karlsruhe bislang nicht im Blick gehabt, und das wird Zeit. Faire Pflege braucht eine halbe Stelle, um Infoflyer der Träger in verschiedenen Sprachen zu entwerfen, und sie an die täglich ankommenden Frauen, an den Fernbushaltestellen zu verteilen, da kommen fast jeden Tag Busse an, und dort werden die Frauen ausgetauscht. Auch brauchen wir diese halbe Stelle, um Netzwerkarbeit zu betreiben, Kontakt- und Treffmöglichkeiten anzubieten und Öffentlichkeitsarbeit in Gang zu bringen, der Pflegestützpunkt ist mit diesem Thema überfordert. Die SJB unterstützt den Antrag fachlich, lassen wir diese Frauen, die wir so dringend brauchen nicht alleine.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen, gehe aber von einem jährlichen Zuschuss aus, oder von einem einmaligen? Das muss ich jetzt noch einmal nachfragen.

Frau Stadträtin! Jährlich oder einmalig? Jährlich – gut, dann wissen wir über was wir abstimmen. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 228 (Seite 266): Projektmittel für „Kinderfreundliche Kommune“ Stellenschaffung: 1 VZW (DIE LINKE.)**

**Antrag 228 a (Seite 266): Projektmittel für „Kinderfreundliche Kommune“ (DIE LINKE.):**

Dazu haben Sie gestern schon etwas gesagt, Herr Stadtrat Bimmerle.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Ich habe gestern schon etwas dazu gesagt, wir müssen den Antrag aber modifizieren, er besteht aus zwei Teilen. Im Antragspunkt OZ 228 a eine Personalstelle, da würden wir auf eine halbe Personalstelle reduzieren. Beim Antragspunkt OZ 228 b mit den 16.000 Euro jährlich, das würden wir so belassen. Wir halten weiterhin daran fest, dass es sinnvoll ist, die Verwaltung hat es im Jugendhilfeausschuss fachlich befürwortet, aber finanziell abgelehnt.

**Der Vorsitzende:** Dann habe ich keine weiteren Wortmeldungen. Wir stellen das in der veränderten Variante, gemeinsam zur Abstimmung, denn das bedingt sich so ein bisschen gegenseitig. Eine halbe Personalstelle und Projektmittel á 16.000 Euro und bitte Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 229 (Seite 229): Zuschusserhöhung Hebammenverband e. V. (AfD)**

Es geht um 23.200 Euro ist das jährlich oder einmalig? Ich muss immer kurz nachfragen, einmalig – in Ordnung. Dann stimmen jetzt darüber ab und ich bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 230 (Seite 266): Budgetreduzierung Hilfe für junge Menschen und Familien – Bereich UMA (AfD)**

Hier geht es um ein Minus von 10.000.000 Euro. Ich möchte doch zumindest kurz klären inwieweit wir dafür auch auf Einnahmen verzichten. Herr Lenz, was bekommen wir denn bei den UMAs vom Bund/Land erstattet? Nicht, dass wir etwas streichen, was gegenfinanziert ist.

**Bürgermeister Lenz:** Ich sehe gerade Frau Langeneckert an, im Grunde eigentlich alles, oder?

**Der Vorsitzende:** Also, das wird erstattet. Sie streichen jetzt etwas aus dem Haushalt, das vom Bund erstattet wird.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Dann **ziehen** wir den Antrag **zurück**.

**Der Vorsitzende:** In Ordnung, vielen Dank, dann können wir weiter fortfahren.

**Antrag 231 (Seite 269): Beratung von Krebskranken – Psychosoziale Beratungsstelle, Sperrvermerk: 218.000 Euro (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)**

**Antrag 232 (Seite 269): Beratung von Krebskranken – Psychosoziale Beratungsstelle, Sperrvermerk: 218.000 Euro (Bürger/Einwohner)**

Da hat die Verwaltung Ihnen schon zugesagt, dass wir das so aufnehmen und mit einem Sperrvermerk versehen. Gibt es trotzdem einen Redewunsch?

**Stadtrat Riebel (GRÜNE):** Wenn es so aufgenommen wird, dann ist es für uns **erledigt**.

**Der Vorsitzende:** Das ist so aufgenommen.

**Antrag 233 (Seite 269): Anlaufstelle für Menschen mit Essstörungen – Diakonische Suchthilfe gGmbH (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)**

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Das Beratungsangebot für Menschen mit Essstörungen existiert seit 2014 und wird gut angenommen. Im Antrag geht es um Präventionsangebote in diesem Bereich. Diese können trotz Anfragen in der Stadt und um im Landkreis bisher nicht bedient werden. Der Antrag ist Teil des Gesamtkonzeptes zur Weiterentwicklung der Suchtprävention.

**Der Vorsitzende:** Können Sie noch etwas dazu sagen, ob der Zuschuss jährlich oder einmalig sein soll?

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Jährlich.

**Der Vorsitzende:** Die OZ 233 steht jetzt zur Abstimmung, jährlich 9.000 Euro Zuschusserhöhung und ich bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich angenommen**.

**Antrag 234 (Seite 269): Zuschuss Mobile Beratung und Prävention „Sucht im Alter“ – Diakonische Suchthilfe gGmbH (DIE LINKE.)**

Es gibt keinen Wortbeitrag, dann kommen wir gleich in die Abstimmung. – Das ist **Ablehnung**.

**Antrag 235 (Seite 269): Zuschusserhöhung Substitutionsbehandlung AWO Karlsruhe e. V (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)**

**Stadtrat Riebel (GRÜNE):** Um die Substitutionsbehandlung in Karlsruhe auch zukünftig sicherzustellen, ist die Erhöhung der Förderung zwingend notwendig, da nur so der Personalbedarf auch in Zukunft ausreichend gedeckt werden kann. Bereits jetzt ist der Betreuungsschlüssel niedriger als empfohlen. Künftig wird der ÄrztInnen-Mangel die Lage noch weiter verschärfen. Um die Ausgangslage zu stabilisieren, beantragen wir GRÜNEN gemeinsam mit SPD und LINKEN, die Erhöhung der Förderung der AWO-Ambulanz für die Substitutionsbetreuung um 37.900 Euro. Die Bewältigung einer Sucht ist für die Betroffenen eine schwere Herausforderung, darum bitte ich Sie, die Menschen damit nicht alleine zu lassen und unseren Antrag zu unterstützen.

**Stadtrat Müller (CDU):** Auch wir erachten die Substitutionsbehandlung der AWO als dringendes und wichtiges Projekt. Ich habe aus der Begründung des Antrags nicht herausgehört, ob der Zuschuss mehrjährig sein soll. Falls ja, würden wir dahingehend eine Novellierung oder eine Veränderung vornehmen wollen, um es einjährig für den Haushalt 2021 einzustellen und es dann in den Haushaltsberatungen 2022/23 mitaufnehmen.

**Der Vorsitzende:** Der weitergehende Antrag ist der jährliche, so wie es auch beantragt ist. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung. - Das ist die **Mehrheit**.

**Antrag 236 (Seite 269): Förderung Ausstiegsappartement Luis.e – Straßenprostitution (GRÜNE, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., FW|FÜR)**

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Ich hätte nicht gedacht, dass ich so schnell drankomme. Ich habe mir meinen frauenpolitischen Redebeitrag für jetzt aufgespart, um nicht nur optimistisch zu sein, sondern rückwirkend meine Freude darüber auszudrücken, welche hohe Priorität Hilfsstrukturen gegen Gewalt gegen Frauen für uns haben. Gewalt gegen Frauen ist ein strukturelles Problem, kein persönliches, wie meine Vorrednerin Kollegin Fahringer schon ausgedrückt hat. Eine Stärkung von Wildwasser und dem Verein zum Schutz misshandelter Frauen der Intensivhilfe katholischer Frauen ist jetzt zu Corona wichtiger denn je, wie meine Vorredner auch betont haben. Wenn ich jetzt aus frauenpolitischer Sicht auf den Haushalt schaue, bin ich mir sicher, dass wir im Hinblick auf Gender Budgeting gar nicht so schlecht abschneiden, denn hier muss man auch Anträge miteinbeziehen, die eine Verbesserung der Pflegesituation bewirken. Immerhin wird Pflege überwiegend bezahlt und unbezahlt von Frauen ermöglicht. Besonders freut mich die breite Unterstützung die jetzt schon angedeutet wird, für das Ausstiegsappartement für Menschen in der Prostitution. Eine Wohnung, und die damit verbundene Begleitung ist ein ganz wichtiger Baustein für die Öffnung eines Weges aus Armut und körperlicher/psychischer Ausbeutung. Gerade weil dieser Weg leider immer noch viel zu schwer ist, angesichts von Armut, Abhängigkeit, einem kriminellen Umfeld, vielen Sprachbarrieren, mangelnder Bildung sowie einem unsicherem Aufenthaltsstatus und einem schwierigen Zugang daraus resultieren zu medizinischer Versorgung oder Sozialleistungen. Der Wunsch dieses menschenunwürdige Arbeitsfeld zu verlassen, sollte nicht daran scheitern müssen. Darum ist eine Wohnung, die Unabhängig zur Tätigkeit der Prostitution besteht, eine ganz wichtige Hilfe.

**Stadtrat Müller (CDU):** Selbstverständlich halten wir diese Ausstiegsappartement-Programm von Luis.e für unterstützenswert. Wir sehen allerdings vor der Haushaltslage zunächst einmal die einjährige Einstellung für den Haushalt 2021, gleichwohl mit verbunden unter dem Vermerk eines Sperrvermerkes, bis wir diesbezüglich für dieses Projekt ein Umsetzungskonzept haben.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Gott sei Dank ist der Gedanke weg, dass Prostitution freiwillig geschieht und es sich um eine normale berufliche Ausübung handelt. Wir haben mittlerweile gelernt, dass viele Frauen aus Armutsverhältnissen kommen und dies nicht freiwillig machen. Deswegen ist für uns die Möglichkeit zu bieten, dass Frauen in erster Linie auch aussteigen können, enorm wichtig. Der eine oder andere denkt vielleicht, dass es gerade in der Corona-Pandemie nicht so problematisch ist. Aber genau dort haben die Ärmsten und Armen Schwierigkeiten, deshalb unterstützen wir diesen Antrag und hoffen auch auf Ihre Unterstützung an dieser Stelle. Prostitution ist oft Verzweiflung, und wenn wir hier einen ordentlichen Weg anbieten, mit einem Ausstieg und einem Appartement, damit ist noch nicht alles getan, es gehört Arbeit und Beratung und all die Dinge dazu. Das ist ein elementar wichtiger Beitrag in der sozialen Landschaft, den wir bisher nicht abgedeckt haben. Deswegen wird er auch speziell von uns gefördert und als Abschlussbemerkung möchte ich sagen, dass ich hier auch für die GRÜNEN spreche.

**Der Vorsitzende:** Frau Stadträtin Anlauf, sagen Sie noch, ob der Zuschuss jährlich oder einmalig ist.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Es geht um eine strukturelle Förderung.

**Der Vorsitzende:** Weitere Wortmeldungen habe ich jetzt nicht. Dann stelle ich hier unter der OZ 236 den Antrag zur Abstimmung. - Das ist eine **Mehrheit**.

**Antrag 237 (Seite 269): Förderung mobile med. Versorgung Luis.e – Straßenprostitution (GRÜNE, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

Ich nehme an, dass der Zuschuss auch jährlich gemeint ist. Aber Frau Stadträtin Anlauf wird uns das verraten.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Einmalig. Prostitution und mobile Versorgung ist ein Projekt, das zunächst auch ein Jahr beschränkt ist und dann evaluiert werden soll. Deswegen ist der Zuschuss einmalig gedacht. Es ist damit kein wirkliches Risiko verbunden, hier zuzustimmen. Ein großes Risiko ist es allerdings für die Prostituierten, die nicht krankenversichert sind. Gerade die Armutstituierten aus Osteuropa oder Afrika sind oft nicht krankenversichert und haben keine medizinische Versorgung. Das ist gerade in Corona-Zeiten für alle Beteiligten eine Katastrophe. Es ist ein Trugschluss zu denken, es würde gerade keine Prostitution stattfinden, wir haben uns da auch noch mal kundig gemacht. Das Gegenteil ist der Fall, ein Teil ist legal und ein Teil findet illegal statt.

**Stadtrat Müller (CDU):** Über die wichtige Notwendigkeit einer medizinischen Versorgung im Bereich der Straßenprostitution mit all dem einhergehenden Elend, darüber brauchen wir gar nicht reden, das ist unabdingbar. Vor dem Hintergrund der Antragsteller, dass man beantragt, dies für einen Einjahreshaushalt einzustellen und es dann in der Folge zu evaluieren halten wir für wichtig und richtig an dieser Stelle, sodass wir diesem Antrag unsere Zustimmung erteilen werden.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Frau Anlauf, vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass der letzte Antrag ohne unsere Zustimmung nicht durchgegangen wäre, nur weil Sie uns vorhin so attackiert haben, wollte ich noch mal darauf hinweisen. Dem jetzigen Antrag werden wir ebenfalls zustimmen.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** In diesem Fall haben wir uns auch kundig gemacht und es ist tatsächlich sehr viel medizinische Hilfe vor Ort vorhanden. Es wurde nicht geäußert, dass eine große Notlage besteht. Wir werden deshalb dem Antrag nicht zustimmen.

**Der Vorsitzende:** Ich empfehle zu diesem Thema die Begründung der Landesregierung der letzten Corona-Verordnung, in der relativ breit ausgeführt wird, warum Bordelle verboten sind, aber die einzelne Straßenprostituierte ihr Recht auf die eigene Entscheidung der Intimsphäre hat und deswegen ihrem Beruf weiter nachgehen kann. Das steht völlig konträr zu ihrer sehr richtigen Analyse, die ich hier heute wahrnehme, das passt an der Stelle einfach gut. Wir kommen damit zur Abstimmung- Das ist eine große **Mehrheit**.

**Antrag 238 (Seite 269): AWO Karlsruhe, Unterstützung von Schulverweigerern „Zweite Chance“ (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)**

**Stadträtin Melchien (CDU):** Zum Abschluss dieses Bereiches darf ich noch mal interfraktionell begründen, warum wir diese Anträge für die AWO gestellt haben. Einmal „Zweite Chance“ ist der erste Antrag, hier sehen wir die dringende Notwendigkeit der Herausforderung Schulverweigerer, die einfach jetzt nicht nur in Zeiten der Pandemie, sondern allgemein sehr stark zunimmt, in einem erschreckenden Maß einen Trend widerspiegelt mehr Aufmerksamkeit zu widmen. An der Stelle müssen wir handeln, gemeinsam mit dem Träger haben wir hier ein hervorragendes Angebot, das wir entsprechend erhöhen möchten, das kurz zum ersten Antrag. Zum zweiten Antrag „AWorks“ das ist ein etabliertes Projekt, mit dem wir Langzeitarbeitslose Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen, das ist nicht mehr wegzudenken, hier wollen wir mir der Zuschusserhöhung keine Ausweitung, sondern, dass das Defizit des Trägers nicht noch weiter zunimmt und wir das so aufrecht erhalten können.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen, dann steht das jetzt zur Abstimmung. Ich darf Sie um Ihr Votum bitten. – Das ist eine **Mehrheit**.

Ich würde aber trotzdem darum bitten, dass noch einmal dargestellt wird, inwieweit die Ausdehnung dieser Platzzahl nachgewiesen ist. Da hatten wir als Sozialverwaltung unsere etwas abweichende Einschätzung.

**Antrag 239 (Seite 269): Arbeits- und Beschäftigungsprojekte für Menschen mit Handicap – AWorks (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)**

Auch da haben wir entsprechend in unserer Sozialkonferenz eher davon abgeraten. Wir kommen damit zur Abstimmung. – Das ist eine **Mehrheit**.